Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 40 Mill. M.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Donnerstag
18. Oktober 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 50—52. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst jeweilen morgens. Bezugspreis 480 Mill. M. für die Woche vom 14.—20. Okt.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatz aus einem Entgelt. Anzeigenpreis 250 M. je 33 mm breite mm-Zeile mal Schlüsselzahl. Bedarfsanzeigen werden nach beiliegendem Tarif berechnet.

18. 10. a. Nr. 484 40 Mill.
62. Jahrgang.

Anzeigen-Schlüsselzahl heute 600 000.

ERICH MEYERFELD BERLIN GRUNDSTÜCKE

Der gordische Knoten

Sachsen und das Reich.

Wie lange noch?

Von zuständiger Seite wird bekanntgegeben, daß die Schritte, die General Müller, Kommandeur des Wehrkreiskommandos IV, gegenüber dem Präsidenten der sächsischen Republik Zeigner ergriffen hat, in vollständiger Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister geschehen sind.

General Müller ist von der Reichsregierung angewiesen, bei Ablauf des Ultimatums, das er in seinem Brief Dr. Zeigner gestellt hat, weitere Weisungen bei der Reichsregierung nachzusuchen.

Dr. Zeigner hat in seiner gestrigen Rede im Sächsischen Landtag die Behauptung aufgestellt, es liege bei der Reichsregierung eine Note der bayerischen Regierung vor, worin diese Maßregeln der Reichsregierung gegen die Abhaltung von Betriebsrätekongressen in Sachsen verlange. Eine derartige Note Bayerns ist überhaupt nicht bei der Reichsregierung eingetroffen. Es ist befremdend, daß Dr. Zeigner in seiner verantwortlichen Stellung als Präsident der sächsischen Regierung eine derartige Behauptung aufstellt, ohne sich auch nur die Mühe zu geben, sich über die tatsächlichen Unterlagen bei den zuständigen Reichsstellen zu erkundigen.

Die Reichsregierung stellt, wie ausdrücklich erklärt wird, der Entwicklung in Sachsen mit großer Ruhe entgegen.

Sehr schnell ist die Große Koalition auch unter dem zweiten Kabinett Stresemann einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt worden. Zu dem offenen Konflikt zwischen Reichs- und Staatsregierung in Sachsen schreibt der „Vorwärts":

„Man erreicht damit, daß sich mit jedem Tag die Zahl der Sozialdemokraten vermehrt, die sich fragen, wie lange noch eine mitverantwortliche Beteiligung ihrer Partei an der Leitung der Reichspolitik möglich sein wird. In denen, die sich in den letzten Tagen immer wieder diese Frage vorlegen, gehören nicht nur zur Parteigenossen, die von Anfang an von einem Wiedereintritt in die Regierung nichts wissen wollten, sondern auch solche, die sich für ihn mit aller Entschiedenheit eingesetzt haben.

Nichts liegt uns ferner, als mit Gedanken zu spielen, deren Verwirklichung für unser armes Volk und seine arbeitenden Massen noch viel schlimmeres Unheil bringen könnte, als alles schon erlebte! Aber gerade, wenn solches Unheil vermieden werden soll, ist es notwendig, mit aller Deutlichkeit auszusprechen, daß man der Sozialdemokratischen Partei nicht zumuten darf, tiefste Dinge decken, die sie durchaus nicht decken kann. Es ist ein niederträchtiger Gedanke, daß das Schicksal des Reichs möglicherweise davon abhängt, wird der General v. Müller heute tun wird. . . .

Man wird nicht zu leugnen können, daß die Sozialdemokratie sich in einer sehr schwierigen Lage befindet. Aber daß mutlos sie doch herauskommen, daß es unmöglich sein wird, mit dem Boykottismus oder gegen ihn, hier mit den bürgerlichen Parteien und dort mit den Kommunisten zusammenzugehen. So kann mit vielleicht in stillen Zirkeln lamentieren, aber nicht, wenn ein Sturm sich erhebt. Die Sozialdemokratie wird schleunigst einen Entschluß fassen müssen.

General Müller an Dr. Zeigner.

Sd. Dresden, 18. 10. (Eigenbericht).

Das Wehrkreiskommando übermittelt der Presse folgende Mitteilung: Ministerpräsident Dr. Zeigner hat auf das vom 17. Oktober an ihn gerichtete Schreiben des Befehlshabers des Wehrkreises IV, in dem um eine unzweideutige Erklärung über die sächsischen Gesamtministerien zu den Ausführungen des Ministers Böttcher am 13. Oktober in Leipzig gehalten wurde, innerhalb der erbetenen Frist **keine Antwort erteilt.** Der Befehlshaber hat daraufhin am 18. Oktober mittags an den Herrn Ministerpräsidenten nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Es ist geradezu der Ministerpräsident! Da Sie es für gut befunden haben, mein Schreiben vom 17. 10. nicht zu beantworten, teile ich Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß ich die Angelegenheit zur weiteren Entscheidung dem Herrn Reichswehrminister unterbreitet habe."

Kommunistische Reichsratsmitglieder.

Dresden, 18. 10. Finanzminister Böttcher und Wirtschaftsminister Heckert sind zu Mitgliedern des Reichsrats ernannt worden.

Der sächsische Minister des Innern und Schmidt sind in den einzweiligen Ruhestand versetzt worden, weil beide erklärt haben, daß sie bei der politischen Zusammensetzung der gegenwärtigen Regierung nicht an ein ersprießliches Weiterarbeiten glauben können.

Aus Bayern.

Absage der Nationalsozialisten an Kahr.

München, 17. 10. Der nationalsozialistische „Völkische Beobachter" und das Kampfbundorgan „Heimatland", die gegen Zage verboten waren, sind jetzt bei Wiedererscheinen wohl von Kritiken an der Tätigkeit des Generalstaatskommissars von Kahr. Die Artikel dieser Blätter lassen sich in der Grundtendenz dahin charakterisieren, daß die Absage an den von Kahr gesteuerten Kurs erneut in sachlich schärfster Form zum Ausdruck gebracht wird.

Rosbach in München.

München, 17. 10. Der aus der Haft entlassene Rosbach wird am Freitag der Feier der Rosbachbestattung München und des Deutschen Kampfbundes im Löwenbräu mit einer Rede vor seine Anhänger treten; ein Hitler wird dort sprechen.

Gegen Rosbach hat bekanntlich das Wehrkreiskommando IV in Dresden Schutzhaftbefehl erlassen.

Berliner Kurse vom 18. 10.:

1 Dollar amtlich: M 8160 Millionen
Zuteilung 50%
1 Pfund amtlich: M 37 000 Millionen
Zuteilung 100%
1 Goldmark M 1942,86 Millionen

Frankfurter Kurse vom 18. 10.:

1 Dollar amtlich: M 8800 Millionen
Zuteilung 100%
1 Pfund amtlich: M 39 000 Millionen
Zuteilung 100%
1 Goldmark M 2095,2 Millionen

Poincarés kategorische Ablehnung.

Deutsche Darstellung des letzten Schrittes in Paris.

W. T. B. meldet:

Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat bei seiner gestrigen Unterhaltung mit dem französischen Ministerpräsidenten im Anschluß an die frühere Besprechung nochmals eingehend die Auffassung der Reichsregierung über die Regelung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten und über die Weiterbehandlung der allgemeinen Reparationsfrage dargelegt.

Da der französische Ministerpräsident bei der früheren Besprechung die deutschfeindlich vorgeschlagenen Verhandlungen mit der Rheinbank entgegenhielt, daß, so oft die Aufgabe des passiven Widerstandes und über Modalitäten nicht mit der deutschen Regierung erörtert können, hat der Geschäftsträger darauf hingewiesen, daß die deutsche Absicht nicht dahin gehe, über die Aufgabe des Widerstandes, die für uns eine vollzogene Tatsache sei, sondern darüber zu verhandeln, wie nach der Aufgabe des Widerstandes

die Wiederaufnahme von Arbeit und Produktion

im besetzten Gebiet am zweckmäßigsten sei, und wie insbesondere die Wiederaufnahme von Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich und Belgien in der gegenwärtigen Situation ermöglicht werden könne. Wenn der französische Ministerpräsident bei erstem Besprechung die Widerstandsfrage ausschließlich auf eine allein von den lokalen Organen zu lösende Aufgabe hingeschoben habe, so sei die Reichsregierung bereit, auch solche Fragen in Verhandlungen zu fördern. Der Geschäftsträger hat dem französischen Ministerpräsidenten in diesem Zusammenhang die Weisungen zur Kenntnis gebracht, welche die Regierungen des Reiches und der Länder den Behörden, insbesondere den Eisenbahnern im besetzten Gebiet, erteilt haben. Obgleich das er ihm die Richtlinien für die Industriellen bekanntgegeben.

Der Geschäftsträger hat aber mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die bisherige Methode der Verhandlungen zu einer völligen Zerstörung Deutschlands und Unsicherheit im besetzten Gebiet geführt habe und daß daher die von Deutschland gewünschten einheitlichen Verhandlungen eine unsichtbare Notwendigkeit seien. Auf anderem Wege werde sich das von Frankreich angestrebte Ziel, nämlich die Wiederherstellung des Zustandes vor dem 11. Januar 1923, nicht erreichen lassen.

Als wichtigster Punkt der von der Regierung zu Regierung zu verhandelnden Fragen hat der Geschäftsträger

die Frage der Kohlen- und Koksliefernungen

an Frankreich und Belgien hingestellt. Er hat dem französischen Ministerpräsidenten im einzelnen dargelegt, daß Deutschland gegenwärtig schlechterdings außerstande ist, diese Lieferungen keinerlei weiter zu nehmen, und daß die Zusammenbruch damit auf die außerordentlich gefährlichen Folgen hingewiesen, die sich ergeben würden, wenn die Reichsbahn und Arbeit nicht zunächst wieder aufnehmen, aber schon nach wenigen Tagen in Folge mangelnder Zahlungsmittel wieder aufhören müßten. Nachdem die Unterstützungszahlungen des Reichs eingestellt worden seien, würden sich die Verhältnisse im Ruhrgebiet binnen Kurzem so zuspitzen dahin zuspitzen, daß 550 000 Bergarbeiter mit ihren Familienangehörigen ohne irgendwelche Subsistenzmittel den Bergwerken gegenüberstehen, und daß Bergwerke mit ihren Arbeiter und Angestellte anderer Industrien kämen, deren Beschäftigung vollständig von dem regulären Betrieb der Arbeitszeiten abhängig sei. Deutsche Regierung sehe diese gefährliche Entwicklung klar vor Augen, siehe ihr aber, wenn Frankreich eine Verständigung ablehne, machtlos gegenüber.

Im weiteren hat der deutsche Geschäftsträger auch die Gründe dargelegt, welche die Reichsregierung veranlaßt haben,

die Kohlensteuer

aufzuheben.

Was die weitere Behandlung der allgemeinen Reparationsfrage anlangt, so hat der Geschäftsträger zum Ausdruck gebracht, daß auch nach deutscher Ansicht der Regierung die Verhandlungen hierüber mit allen beteiligten Alliierten stattfinden müßten. Die Reichsregierung halte es für richtig und glaube auch den Vorschlag von Poincaré gegebenen Ansichten zu entsprechen, wenn sie sich zur Klärung des gegenwärtigen Standes der Reparationsfrage alsbald mit der Reparationskommission in Verbindung setze.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner Antwort die Aufnahme von Regierungsverhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet kategorisch abgelehnt. Er hat erklärt, daß ihm die von der Reichsregierung und den Länderregierungen den Beamten und Industriellen des besetzten Gebiets erteilten Weisungen gleichgültig seien, und daß es für ihn nur auf Tatsachen ankomme. Das allein Ausschlaggebende sei für ihn die restlose Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Januar 1923. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Fortsetzung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen; er müsse sie im Gegenteil als ein Element des Widerstandes bezeichnen. Auf anderen Gebieten wie der Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen fertig bringen, ist ihm ebenfalls völlig gleichgültig. Die Erörterung einzelner deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission werde er lediglich nicht zulassen, als nicht der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos aufgegeben worden sei.

Zeigners Vertrauensbruch.

Aus den Akten des Staatsgerichtshofs.

Sd. Dresden, 17. 10. (Eigenbericht).

Aus den heutigen Landtagsverhandlungen ist noch hervorzuheben, daß Ministerpräsident Dr. Zeigner von dem vollkommenen Abgeordneten Bünger gefragt wurde, woher er sein Material über die Reichswehr habe. Bünger behauptete nämlich, daß dieses Material aus den Untersuchungsakten des Staatsgerichtshofs stamme. Das Verbrechen sei geheim. Dr. Zeigner müsse also durch einen unerhörten Vertrauensbruch in den Besitz dieser Akten gekommen sein. Er forderte deshalb, ebenso wie der Staatsgerichtshofpräsident Dr. Reinhold, daß der Ministerpräsident sofort eine klare Antwort darauf gebe.

Diese Antwort ist Dr. Zeigner schuldig geblieben, der damit wohl zugegeben hat, daß sein Material durch Vertrauensbruch aus den Untersuchungsakten des Staatsgerichtshofes ihm übergeben worden ist.

Wiederaufnahme der Naturallieferungen verlangt.

Nach den deutschen Schritten in Paris und Brüssel.

S. Paris, 18. 10. (Eigenbericht.)

Nach dem „Eclair" sind die gestrigen deutschen Schritte in Paris und Brüssel nicht ohne die moralische Unterstützung Englands erfolgt. Die Zeitungen veröffentlichen darüber einige Agenturmeldungen, die unter Aufsammelnen vielleicht sich bestätigen und insbesondere betonen, daß Frankreich und Belgien darauf bestehen müßten, daß die Naturallieferungen wieder aufgenommen würden. Es sei jedoch nicht Sache der Besatzungsmächte, die Bedingungen zu regeln.

Der „Matin" meint, es sei für Stresemann schon von Vorteil, daß er überzeugt mit Poincaré in Unterhandlungen trete. Es hänge jetzt nur von Stresemann ab, daß diese Unterredungen realere und wesentlichere Ergebnisse hätten wie bisher. Nach dem „Deuer" sind die Argumente Poincarés von einer unangreifbaren Logik, aber leider würden dadurch die Verhandlungen nicht einen Schritt weiter gebracht. Das Blatt empfiehlt deshalb die Schaffung einer internationalen Organisation nach dem Muster Oesterreichs und der Türkei. Wenn Poincaré behaupte, er könne warten, so müsse die Kriegsbeschädigten und die anderen Alliierten gerade entgegengesetzter Ansicht. Nach der „Ere Nouvelle" ist der Schritt des deutschen Geschäftsträgers vollkommen geschickt. Frankreich hätte Ursache daran, die günstige Gelegenheit, die Deutschland jetzt biete, wiederum unausgenutzt vorübergehen zu lassen. Niemals sei die politische Lage Europas für Frankreich so günstig gewesen wie jetzt, um seine wahren Absichten wirklich zu enthüllen. Mit einigem Erstaunen liest man schließlich im „Matin", Frankreich müßten mit der Nichtwendbarkeit im Auge fassen, die praktische Lösung des Reparationsproblems zu studieren. Will man einen Krieg ausfechten, kann man nicht in seiner Position bleiben, sondern muß vorwärtsgehen.

Die aus Brüssel vorliegenden Blättermeldungen lassen keinen Zweifel, daß der deutsche Schritt dort die gleiche Wirkung erzeugen wird wie hier.

Dienstpflicht Deutscher in Dänemark.

beru. Hamburg, 18. 10. (Eigenbericht.)

Durch die deutsche Presse ging vor einiger Zeit eine Mitteilung, daß deutsche Untertanen, die sich seit längerer Zeit in Nordschleswig aufgehalten haben, nach dem dänischen Gesetz dem dänischen Militärgesetz und zwar den dänischen Militärbehörde einen Gestellungsbefehl im Falle einer Mobilmachung erhalten haben. Man nahm zunächst an, daß ein Irrtum vorliege. Durch eine Erklärung der dänischen Presse ist aber festgestellt, daß ein Verlesen nicht vorliegt. Nach dem dänischen Militärgesetz sind tatsächlich deutsche Untertanen, die in Nordschleswig ansässig sind und die beim deutschen Heer Kriegsdienst geleistet haben, in Dänemark kriegsdienstpflichtig. Sie sind zum großen Teil dem dänischen Landsturm zugeteilt. Die „Neue Tondernsche Zeitung" bemerkt hierzu: Es entsteht wirklich nicht der Eindruck, daß deutsche Untertanen, die hier in Arbeit stehen, im Kriegsfalle in Dänemark dienstpflichtig sind. Im Falle eines deutsch-dänischen Krieges müßten also die deutschen Untertanen gegen ihre eigenen Landsleute kämpfen.

Wo bleiben die Taten der Regierung?

Die Regierung hat vor einigen Tagen angekündigt, daß die Ausgabe von kleinen Stücken der Goldanleihe (1, 2 und 5 Dollar) bis zum Beginn von 200 Millionen Goldmark beschlossen werden sei. Dies hat den Zweck, soweit wie möglich diese wertbeständige Zahlungsmittel in den Verkehr zu bringen. Dieser Beschluß ist bereits am Montag gefaßt worden, aber seitdem ist nichts geschehen, um der Goldanleihe die nötige Beweglichkeit zu verleihen, die sie erst zu einem wirklichen Zahlungsmittel macht. Heute, wo die Mark wieder einen neuen Sturz gelan hat, muß mit äußerstem Nachdruck gefordert werden, daß die Regierung nun wirklich seinen angeblich erteilten Weisungen gleichgültig seien, und daß es für ihn nur auf Tatsachen ankomme. Das allein Ausschlaggebende sei für ihn die restlose Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Januar 1923. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Fortsetzung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen; er müsse sie im Gegenteil als ein Element des Widerstandes bezeichnen. Auf anderen Gebieten wie der Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen fertig bringen, ist ihm ebenfalls völlig gleichgültig. Die Erörterung einzelner deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission werde er lediglich nicht zulassen, als nicht der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos aufgegeben worden sei.

„Balkanisierung der Ruhr."

Englische Bussnes-Betrachtungen.

A. London, 18. 10. (Eigenbericht.)

Die englische Auffassung über die gegenwärtige Lage an der Ruhr wurde den „Times"-Vertreter in Köln von sachmännischer Seite eingehend auseinandergesetzt. Deutschland könnte heute Reparationszahlungen billiger an Frankreich liefern, wenn es sie in England kaufte, als man es sie selber produzierte. Durch die Besetzung habe Frankreich etwa 20 000 Tonnen verloren, aber die Verluste Deutschlands im gleichen Zeitraum seien etwa viermal so groß. England brauche die Möglichkeit deutsch-französischer Industrieabmachungen nicht zu fürchten, denn diese Abmachungen würden für ihre Produkte keine öffentlichen Märkte finden, weil sie zu neuer sein würden. Die deutsche Industrie haben diesen Sachverhalt erkannt, und eine Beteiligung Frankreichs an der deutschen Industrie bedeute nicht die Beteiligung am Profit, sondern am Verlust, und eine Periode furchtbarster Not. Den Franzosen sei es vielleicht möglich, durch die Einführung der Frankenwährung und die Einstimmung der Inflationsmetzke eine künstliche Belebung der Industrie in Gang zu bringen, aber dadurch komme der Zusammenbruch nur umso leichte um ein Jahr hinausgeschoben werden.

Die deutsche Wirtschaft dürfte zunächst erbittert sein, weil ihr England nicht zu Hilfe gekommen sei, aber England habe gerade dadurch praktische Klugheit (?) bewiesen, während es die Franzosen bereuen würden, wenn sie die Ruhrindustrie finanzieren. Die große Gefahr, die die französische „Nationalisierung der Ruhr" heraufbeschworen habe, sei allerdings zu beachten, und ihre Folgen müßten sich in ganz Europa bemerkbar machen. Wenn Deutschland die beanstandete Konstruktion übernommen hätte, so müsse es freie Hand bekommen, um sich selber zu retten. Es müßten alle Beschränkungen fallen und die ungeheure französische Bureaukratie an der Ruhr vollkommen beseitigt werden.

Lord Curzon empfing gestern nachmittag den deutschen Botschafter Sthamer im Foreign Office und hatte mit ihm eine längere Unterredung.

Die gestrige Sitzung der britischen Reichskonferenz.

London, 18. 10. (E. T. B.) Die gestrige Sitzung der Reichskonferenz beschäftigte sich mit der Frage der Verteidigung zur See. Der erste Lord der Admiralität Amery wohnte der Sitzung bei. Ebenso nahmen die Ministerpräsidenten aller Dominions an den Beratungen teil. Auch der irische Landesverteidigungsminister Mulcahy und der stellvertretende Chef des Generalstabes Mac Mahon waren anwesend.

Lloyd George leicht erkrankt.

London, 18. 10. (E. T. B.) „Morning Post" erfährt aus Washington, daß Lloyd George in Chicago einen leichten Fieberanfall erlitt. Obwohl der Zustand des früheren Ministerpräsidenten keine große Besorgnis einflöße, müsse er sich doch gewisse Schonung auferlegen.

Ein Ermächtigungsgesetz in Polen?

Warschau, 16. 10. (O. E.) Im Hinblick auf die ernste innerpolitische Lage verlangt die Rechtspresse, der Sejm solle noch den Vorbild des deutschen Ermächtigungsgesetzes der Regierung erweitere Vollmachten erteilen, sowohl auf finanziellem Gebiet, um die Sanierung durchzuführen, als auch zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Ob die Regierung sich diese Forderung zu eigen machen wird, steht dahin. Jedenfalls beabsichtigt sie, gegen ihre innerpolitischen Feinde entschieden vorzugehen. Dies zeigt eine wichtige Stelle des von ihr ausgehenden Exposeses in der Warschauer Presse veröffentlichten Aufrufs, worin es heißt, die Existenz des Staates sei bedroht. Die Exposition habe bezweckt, den sozialistischen Elementen ihre Aufgabe zu erleichtern. Die Regierung erklärt, die Zeit, mit diesem Feinde abzurechnen, sei für Polen gekommen, und sie sei für alle Fälle gerüstet.

Der Zentralausschuß der Arbeitergewerkschaften in Polen hat beschlossen, von der Regierung die Garantierung der Teuerungszulage und Lohnerhöhungen für die Arbeiter der Industrie und der Staatseisenbahnen zu fordern. Die Beträge sollen allmählichmählich neu festgestellt werden. Für die Unterstützung dieser Forderung wird ein Generalstreik in ganz Polen vorbereitet, dessen Zeitpunkt im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Fraktion im Warschauer Parlament festgesetzt werden soll.

Vertrauensvotum für die polnische Regierung.

Warschau, 18. 10. (W. T. B. Jn der gestrigen Vollsitzung des Sejm wurde ein Antrag der Mehrheitsparteien, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, mit 208 gegen 191 Stimmen angenommen.

Die Nomreise des spanischen Königs.

Madrid, 17. 10. (T. U.) Nach italienischen Nachrichten wird der König von Spanien auf seiner Reise nach Rom vom Ministerpräsident des Direktoriums General Primo de Rivera begleitet sein.

Unruhen auf den Philippinen.

A. London, 18. 10. (Eigenbericht.) Telegramme aus New York besagen, daß auf den Philippinen Unruhen ausgebrochen sind. Die Bewegung richtet sich insbesondere gegen den amerikanischen Generalgouverneur Wood. Am Sonntag griffen Eingeborene die Sonntagschule auf der Insel Mindanao an und töteten drei Lehrer, einen Leutnant, einen Bergeasten und acht Gendarmen. Zur Verfügung der Colonie wurden amerikanische Truppen angefordert.

Die gestrigegehende Versammlung der Philippinen hat nach einer erregten Sitzung eine Resolution angenommen, in der die Forderung der Unabhängigkeitskommission, betreffend Abberufung des Generalgouverneurs Wood, die im Juli des Jahres gestellt wurde, geblligt wurde.

Die neue Phase des Ruhrproblems.

Frankreich trägt die weitere Verantwortung.

London, 18. 10. (W. T. B.)

In einem „Eine neue Phase im Ruhrgebiet" überschriebenen Leitartikel führt „Times" aus, das Ruhrproblem habe eine neue Gestalt angenommen, und es sei keineswegs sicher, daß die letzte Phase nicht noch schwieriger sein werde als die lange Periode der bis entschiedenheit, die seit Beginn dieses Jahres gedauert habe.

„Times" fährt fort,

die erste und direkte Frage

für jeden Denkenden kann heute sei, die Währung durch radikale und diktatorische Maßregeln zu reformieren. Die grundlegende kritische der politischen Unruhen, von denen Deutschland jetzt heimgesucht werde, Lebensmittelunruhen, Annexionen des Kommunismus in Sachsen und Thüringen, Bewegung in Bayern und Ueberhaupt Stimmung in allen Teilen des Reichs, sei auf den Zusammenbruch der Währung zurückzuführen. Die künstliche Wohlfahrt der deutschen Industrie habe ihr unvermeidliches Ende erreicht. Berlin sei tot; sogar die wunderbare Wohlfahrt Hamburgs habe plötzlich aufgehört. Deutschland, das letztes Jahr noch am reichsten in der Welt verkaufte, sehe jetzt sich Aussicht auf allgemeiner Arbeitslosigkeit gegenüber. Es sei von der größten Bedeutung, daß diese Verhältnisse außerhalb Deutschlands erkannt würden. Das sei umso wichtiger, da diese Verhältnisse die Entwicklung des Reparationsproblems in der unmittelbaren Zukunft bestimmen. Die Tatsache, daß der jetzige Widerstand im Ruhrgebiet zum großen Teil aus finanziellen Gründen niedergebrochen sei, habe plötzlich den gesamten Charakter des Ruhrproblems geändert.

Alle Verfügungen, durch die die deutsche Regierung den passiven Widerstand aufrechterhalten habe, seien aufgehoben. Es gebe jetzt nichts, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Eisenbahnern des Ruhrgebiets und den Bergbaugesellschaften zu verhindern — ausgenommen

die schwersten Wirkungen der Besetzung

selbst. Es sei kein Geld vorhanden, um eine sehr komplizierte Industrie wieder in Gang zu setzen. Sachleistungen könnten vom deutschen Staat nicht finanziert werden. Die Kohlenfuhre sei aus inneren Gründen aufgehoben worden. Die Polizei der Ausführungszonen sei aufgehoben, weil sie nicht länger von irgendwelchen Vorteilen für das deutsche Wirtschaftsleben sei. Es ist wahrscheinlich angebracht, daß die Sperrzone, die von den deutschen Behörden aufgehoben wurden, eine neue Ordnung und einen neuen Vorwand, die Bezahlung von Reparationen zu verweigern, bestellen. Die Militärmächte wissen, daß sie in Deutschland aus dem gegenwärtigen Tumult in einer derartigen Verfassung hervorgeht, daß die regelmäßige Bezahlung einer erheblichen Summe an Reparationen möglich ist.

Das Blatt fährt fort:

Eine sehr ernste Verantwortung lastet auf der französischen Regierung,

die es bisher fortgesetzt vermieden hat, einen Plan anzugeben oder irgendeine Verantwortlichkeit für das Gebiet anzugehen, das sie besetzt hat. Es ist leicht gewesen, das Ruhrgebiet zu besetzen, während die Bestimmung einer gesicherten Industrie von der deutschen Regierung am Leben erhalten wurde. Die Aufgabe wird unendlich schwieriger sein, wenn die Industrie unbeschränkt zerstört sein sollte, und wenn die Bergleute nebst ihren Familien unbezahlt bleiben. Trotzdem gehen die Vertreter der französischen Regierung beharrlich der Ansicht, daß sie das Recht, die „Pfänder" zu behalten, die sie im Ruhrgebiet und Rheinland mit Beschlag belegt haben, bis Deutschland bezahlt hat. Die politischen Folgen dieser neuen Phase können beträchtlich sein, daß sie den gesamten Lauf der Geschichte in Europa ändern können.

Eine Polizeiunweisung Poincarés.

S. Paris, 18. 10. (Eigenbericht.) Der „Matin" berichtet, daß Poincaré an General Degoutte Anweisung gegeben habe, daß die deutschen Polizeibeamten im besetzten Gebiet bei Unruhen etwas schonender als bisher vorgehen sollten. „Unnötigen Gewaltsamkeiten" der Polizei solle Degoutte ein Ende machen. Nach dem „Matin" besteht sich diese Anweisung auf das Vorgehen der deutschen Polizei während der jüngsten Arbeitsunruhen. Poincaré befürchtet, daß die Zurückhaltung der französischen Besatzungsträger dahin ausgelegt werden könnte, als ob diese das Vorgehen der Polizei billigten. (?)

Wiederaufnahme des Postdienstes in Düsseldorf.

Paris, 18. 10. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf haben die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Post- und Telegraphenbetrieb in Düsseldorf zu einem Abkommen geführt. Die deutschen Beamten hätten. Die Gebäude der Oberpostdirektion leisteten die die Besatzungsbehörden gefordert hätten. Die Gebäude der Oberpostdirektion bleiben requiriert und werden auch weiterhin den telegraphischen Dienstzwecken der Rheinermee als Unterkunft dienen.

Noch keine Eisenbahnverbindung zwischen besetzten und unbesetztem Gebiet.

Paris, 18. 10. (W. T. B.) Havas berichtet aus Düsseldorf, Ende der letzten Woche seien Verhandlungen eingeleitet worden zwischen französisch-belgischen Vertretern der deutschen Eisenbahnen, die sich auf die Wiederaufnahme der Arbeit bezogen hätten und auch auf Fragen wegen Wiederaufnahme des Dienstes zwischen den besetzten und unbesetzten Gebiet. Im Einverständnis mit General Degoutte und Tirard seien in diesen beiden Fragen gewisse kategorische Bedingungen gestellt worden. Die deutsche Eisenbahnverwaltung habe nunmehr zur Kenntnis gebracht, daß sie diese Bedingungen nicht annehmen könne, da hierfür die deutsche Regierung allein zuständig sei. Unter diesen Umständen werde sich die französisch-belgische Regie bis auf weiteres lediglich mit einer Verbesserung des Dienstes im besetzten Gebiet beschäftigen, nicht aber die Eisenbahnverbindungen mit den übrigen deutschen Eisenbahnen wieder aufnehmen.

Englische Wirtschaftsfragen.

Von unserem Berichterstatter.

A. London, 12. 10.

Der Kampf um die Vorzugszölle hat begonnen. Es war an dieser Stelle bereits davon die Rede, daß diese Frage einen der wichtigsten Punkte bei den Beratungen der Wirtschaftskonferenz bilden würde. Der auftretische Ministerpräsident Bruce war es, der in einer gestrigen Rede das Thema anschnitt, indem er die Einmischung des innerbritischen Handels als die einzige Rettung für das Reich bezeichnete. Die Regierung des Mutterlandes hat sich nicht lange bitten lassen und kündigte ihre Absicht an, die bereits bestehenden Vorzugsbehandlung für getrocknete Früchte, Zucker und Tabak auszubauen.

Damit ist nun das Signal zum Aufmarsch der Parteien gegeben, und die alten Schlachtrufe von der Sicherung der Tarifreform werden wieder lebendig. Allerdings gehen wohl auch die Gegner des Regierungsplans nicht so weit, zu behaupten, daß hier bereits ohne weiteres Schutzzoll oder Freihandel zur Entscheidung stehe. Früchte, Zucker und Tabak sind gewiß sehr wichtige Dinge, aber doch keine Nahrungsmittel erster Ordnung, wie etwa Fleisch oder Getreide. Ueberdies halten sich die Vorschläge der Regierung in so mäßigen Grenzen, daß eine nennenswerte Einwirkung auf die Steuerpolitik wirklich nur von der sehr ängstlichen Gemütern befürchtet werden kann. Aber vielleicht bildet gerade die Bescheidenheit der Regierung eine Gefahr für den Erfolg ihres Planes. Auf der einen Seite wäre es nicht überraschend, wenn die schutzzöllnerischen Unionisten und die überseeischen Ministerpräsidenten der Ansicht wären, daß die Vorlage ungenügend ist; auf der anderen Seite kümmert sich die Opposition überhaupt nicht um den sachlichen Inhalt der Vorschläge, sondern kämpft um das Prinzip. So ist einmal eine Vorlage vorhanden, die die Regierung kann leicht in die Gefahr kommen, sich zwischen zwei Stühle zu setzen.

Die Stellung der Parteien zu der Frage ist ungefähr folgende: Abgesehen heute zwei im westentlichen durch die traditionellen Argumente der englischen Wirtschaftsgeschichte bestimmt. Aber die Zeiten haben sich in den letzten fünfzig Jahren doch sehr geändert, die alten Dogmen haben viel von ihrem Glanze verloren, und neue Tatsachen sind aufgetaucht, die dem ganzen Problem ein anderes Gesicht geben. Eine wesentliche Rolle spielt zum Beispiel die Einführung des Frauenstimmrechts, denn die weibliche Wählerschaft wird, wie man allgemein glaubt, unter keinen Umständen für irgendwelche Maßregeln zu haben sein, die eine Verteuerung der Lebensmittel bedeuten. Vor allem aber muß man, wenn man die gegenwärtige Vorlage je nur als Teil jenes großen Reformplanes gedacht ist, der, um es kurz zu sagen, auf eine neue Industrialisierung Englands hinausläuft. Die Arbeiterpartei steht zum Beispiel, wie aus einer Rede des Abgeordneten Clynes hervorgeht, diesem Plan nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern bei einer ganzen politischen Gründen ablehnend gegenüber: der englische Handel beruhe auf den guten Beziehungen zwischen Stadt und Land, sagt er, sondern zum ganzen Welt und wenn sich das englische Wirtschaftsleben nun abschließen wollte, so wäre das nur auf Kosten einer friedlichen und wohlwollenden Weltpolitik möglich. An diesem Gedankengang ist natürlich viel Wahres. In der Tat wäre ein Sieg der Schutzzöllner unfehlbar mit einer Steigerung aller nationalistischen Tendenzen verbunden; es wäre, wenn man will, die besondere englische Art, Faszismus zu treiben.

Im Parlament wird der Regierungsplan ohne Zweifel zu heftigen Kämpfen führen. Die Arbeiterpartei und die Asquith-Liberalen sind in der stärksten Opposition; die Lloyd George-Gruppe dürfte gespalten sein. Der Premier selbst kommt in Betracht, daß er auch innerhalb der Konservativen eine nicht unbedeutende Freihandelsgruppe gibt, deren Führer sich angeblich nicht. Die Einheit der Partei, die ohnehin nicht übermäßig fest ist, wird also aufs neue auf eine ziemlich harte Probe gestellt und wenn es der Parteileitung auch gelingen dürfte, eine ausgleichende Formel zu finden, so scheint die Lage im ganzen doch so unsicher, daß einige Stimmen bereits die Notwendigkeit von Neuwahlen fordern. Für diejenigen Parteigruppen im Parlament und in der Oeffentlichkeit, die sich nicht durch grundsätzliche Erwägungen gebunden fühlen, stellt sich das Problem in folgender Weise dar: die Vorlage verdient Unterstützung, so weit sie dazu dient, den Ausbau schwieriger Rohproduktion und Fabrikaten zu fördern und damit die Industrie des Mutterlandes zu beleben; diese Vorteile verlieren jedoch ihren Wert und werden zu einer Gefahr, wenn neue Zollmaßregeln ohne zur Folge haben sollten, daß die Belebung im Mutterlande verteuert und dadurch ein Steigen der Löhne hervorgerufen wird, durch das die Konkurrenzfähigkeit der einzelnen Industrien leiden würde. Durch die gegenwärtige Vorlage ist eine solche Wirkung gewiß nicht zu erwarten. Aber wenn die Regierung, wie die Schutzzöllner hoffen und die Freihändler befürchten, nicht das Kraft finden sollte, auf dem einmal beschritteten Wege halt zu machen, so würde sie allerdings bald die Grenze erreichen, jenseits welcher sich diese Problem einstellen würde.

Zahlreiche andere Zusammenhänge müssen erwogen werden: „Man, money, markets": das ist das Schlagwort, das man für die Gesamtheit des Reformplans gefunden hat, und mit dem ausgedrückt wird, daß er aus drei Hauptgliedern besteht: die Bevölkerungsfrage, die Finanzfrage und die Frage der Absatzgebiete. Das Zinnenübergreifen dieser drei Glieder mit Sic

Aufwanderung beseitigt werden kann? Würde durch Aufwanderung nach den Besitzungen die Herstellung von Nahrungsmitteln für das Mutterland vermehrt und damit verbilligt, oder würde die Expedition darin bestehen, daß die Arbeitskräfte für die Industrie knapp werden und die Löhne bis zu einem Grade steigen, der die Konkurrenzfähigkeit gefährdet? Dutzende ähnlicher Fragen ergeben sich von selbst, die alle sorgfältig gegeneinander abgewogen werden wollen. Im allgemeinen darf man jedoch annehmen, daß das Aufreißen von Arbeitslosigkeit auf die Zerstörung des wirtschaftlichen Organismus zurückzuführen ist, und daß es mit Ueberwälzung nichts zu tun hat (die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist dafür der beste Beispiel). Aber für die Praxis bleibt dann noch immer die Frage offen, ob, wenn die Arbeitslosigkeit einmal einen gewissen Grad erreicht hat, es überhaupt möglich ist, den wirtschaftlichen Apparat wieder soweit zu reparieren, daß sie wieder verschwindet, oder ob nicht umgekehrt das Verschwinden der Arbeitslosigkeit die Voraussetzung dafür ist, daß die wirtschaftlichen Schäden beseitigt werden können. Es fehlt in der englischen Oeffentlichkeit nicht an Stimmen, die dieser zweiten Auffassung zuneigen und die sich also von dem Ausbau des innerdritischen Handelsverkehrs in dieser Hinsicht für das Mutterland überhaupt keinen Erfolg versprechen. „Die ganze Idee des sich selbst genügenden Reiches", schreiben die „Daily News", „ist eine Illusion, die nicht einem einzigen Arbeitslosen Brot beschaffen wird."

Man erkennt an diesem einen Beispiel, wie ungeheuer verwickelt die Zusammenhänge zwischen diesen drei Gliedern man, money, markets sind. Setzt man das eine Glied in Bewegung, wie es die Regierung jetzt durch die Vorzugszölle indezug auf die Absatzmärkte tut, so ist noch sehr zweifelhaft, ob sie damit an anderer Stelle nicht schädliche Wirkungen auslöst, die den erreichten Vorteil überwiegen. Aber Herr Baldwin hat wohl recht: man muß in diesen Zeiten etwas riskieren. Im übrigen würde es das Londoner Kabinett wohl sicherlich vorziehen, diese obwaus interessanten Probleme noch eingehender studieren zu können — wenn es Zeit dazu hätte. Aber es hat keine Zeit. Der Winter steht vor der Tür, die Industrie stockt, die Preise steigen, die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Es muß etwas getan werden, und zwar schnell. Die Regierung hat sich denn auch nicht damit begnügt, das etwas unsichere Experiment eingeleitet, das sie von den Beratungen weggeschlossen wird, sondern sie will die Arbeitslosigkeit auch auf künstlichem Wege, durch Unterstützung privater und staatlicher Unternehmungen, bekämpfen. Das ist gewiß keine Lösung des Problems, aber es ist immerhin besser als die einzige Arbeitslosenversicherung, deren moralische Gefahren man hier sehr hoch anschlägt. Denn die englische Regierung hat Deutschland vom passiven Widerstand abgeraten, aber sie hat immerhin nicht verstimmt, für sich einiges davon zu lernen.

China nimmt die Forderungen der Mächte an.

Peking, 17. 10. (W. T. B.)

Die chinesische Regierung hat in einer zweiten Antwort auf die Note der Mächte über den Eisenbahnüberfall von Mukden die geforderten Zusicherungen angenommen und nur eine Besprechung über den Betrag der zu zahlenden Entschädigung verlangt. Die Regierung erklärt sich bereit, mit den Mächten wegen der Lösung des Problems des Schutzes der Eisenbahnen zusammenzuarbeiten.

Wie aus Peking weiter gemeldet wird, sind zwei der britischen Offiziere in China angeworbenen Frauen, die von Banditen im vergangenen Monat entführt worden waren, von chinesischen Truppen nach dreitägigem Kampfe befreit worden. Der Führer der Banditen ist unter dem Namen „Pan der Schrecklichen" bekannt.

*

Der erwähnte Ueberfall ereignete sich Anfang März. Die Briefe kamen erst am 10. August an einem Gutshofe und überlandten der chinesischen Regierung Forderungen, die von 16 Staaten, darunter auch von Deutschland, unterstützen wurden und verlangten Entschädigung für Tötung beim Gefangenhaltung von 24 Fremden, Strenge Maßregeln gegen die Mörder, Schutz der Eisenbahnen und Bestrafung der verantwortlichen Beamten. Ende September erfolgte die erste Antwort Chinas, die eine glatte Ablehnung darstellte. Um so mehr überrascht nun die zweite Antwort, die auf eine zweite Note der Mächte vom Anfang Oktober erfolgt ist. Der Ausschuß der Ausführung in Peking erklärt sich auf der kürzlich erfolgten Wahl Marschall Tsao Kuns zum Präsidenten der chinesischen Republik. Dieser hat durch seine erste außenpolitische Betätigung eine Stellung eingenommen, die in Gegensatz zur Auffassung des Außenministers Wellington Koo steht, der vor der Präsidentenwahl die erste ablehnende Antwort an die Mächte gesandt hatte

Die Königsberger „Verschwörung".

Von unserem Berichterstatter.

-nn- Rewal, im Oktober.

Bezeichnenderweise verlegt man die behängnisvolle Entwicklung der politischen Verhältnisse im Westen auch bei uns mit lebhaftem Interesse und Besorgnis, denn es ist ja kein Geheimnis, daß Rußland nicht ohne teilnehmer Zuschauer bleiben, sondern die Gegenwehr benutzen würde, unter dem Vorwand, den vorher die Revolution nach Rußland gemacht hat, die Ententestaaten zu Hilfe zu eilen, den Versuch machen würde, zum mindesten die kleineren und schwächeren der Randstaaten über den Haufen zu werfen. Dann ändern auch die in letzter Zeit mehrfach publizierten russischen Dementis, darunter ein solches angeblich aus dem Munde des Landes Friedensliebe und Neutralität für den Fall eines Bürgerkrieges in Deutschland betonen, nur wenig. Die Gelegenheit für einen Vorstoß der Sowjetunion nach Westen wäre noch gar zu verlockend. Die estnischen Kommunisten haben noch kürzlich einen Aufruf verbreitet, in dem das „arbeitende Volk Estlands" aufgefordert wird, im Falle eines Bürgerkrieges in Deutschland alles zu tun, um es den russischen Genossen zu ermöglichen, die russische Armee in Deutschland zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang kann unseren Kommunisten ein plumper Angriff auf die Menschenehre über sowieso, den sich das größte, polemische hiesige estnische Blatt, das übrigens entsprechendes „Pärewalehti" (Tagesblatt) kürzlich geleistet hat. In dieser Zeitung war nämlich vor einiger Zeit ein angeblich aus zuverlässiger Quelle stammendes Geheimdokument abgedruckt, das ein Protokoll eines in Königsberg abgehaltenen Kongresses der Mitglieder der früheren deutschen Landswehr darstellen sollte, enthaltend Richtlinien für einen von der Landswehr mit Unterstützung reichsdeutscher deutscher Kreise zu betreibenden Umsturz in den Randstaaten. Dieses Machwerk trug den Stempel naiver apokrypher Banalität so offenkundig an der Stirn, daß es fast einer Beleidigung gleichkam, es ernst nehmen, die estnische Kollegin hätte ihn ernst genommen. Wenn sie ihn trotzdem abdruckte, so geschah es in der durchsichtigen Absicht, weniger urteilsfähige Kreise ihrer Leser gegen die Deutschsaten aufzuhetzen, wie denn dieses Blatt bedauerlicherweise gerade in letzter Zeit jeden Anlaß benutzt, um die Gegensätze zwischen den Nationalitäten zu vertiefen; der gehässige Ton und die offenkundig unaufrichtige Art, mit der diese Politik betrieben wird, kommen oft scharf an Hitlerscher Hetze bildet, an die Rothschildpresse und die feige „Nowoje Wremjse", so daß man versucht ist, hier auch bezahlte Agenten Zuträgerdienste zu glauben. Es ist nur ein Glück, daß das estnische Volk in seiner überwiegenden Mehrzahl diesem Gift der Verhetzung nicht zugänglich ist, so daß der angerichtete Schaden kaum angewandten hohen Eifer nicht entspricht. Immerhin bleibt es bedauerlich, daß dadurch der im übrigen erfreulich fortschreitende Prozeß der Verfestigung und der Vertrauensbildung immer wieder gestört und aufgehalten wird.

Auf die obenerwähnte Veröffentlichung erfolgte nun eine ganze Reihe Dementis: von seiten der hiesigen Deutschsaten, von den in Deutschland lebenden Balten und auch von amtlicher deutscher Seite, und die Angelegenheit, von den übrigen estnischen Blätter einfänglich übernommen, nicht Notiz genommen hatten, wäre damit wohl abgetan gewesen, wenn sie nicht noch durch einen sehr plumpen kommunistischen Schachzug ein lächerliches Nachspiel gefunden hätte. Die kommunistische Partei der in diesen Tagen wieder zusammengetretenen Staatsversammlung brachte nämlich in der beschließenden Sitzung einen Beschlußentwurf ein, der ausgesprochen der von der Landeswehr drohenden Gefahr die Aufhebung aller politischen Rechte der Regierung in bezug auf Presse und Versammlungen vorsah, um das Volk willig ungestört über diese Gefahr aufklären zu können. Selbstverständlich lief niemand auf diesen plumpen Schwindel herein, nicht einmal die unabhängigen Sozialdemokraten waren für diesen abenteuerlich genug motivierte Projekt zu haben, und so fiel es denn mit Pomp durch, nachdem auch noch der deutschfeindliche Abgeordnete Baron Schilling die Gelegenheit benutzt hatte, die durch den sowjetrussischen Königsberger Aufruf auf die Deutschsaten im In- und Auslande fallenden Verdächtigungen energisch zurückzuweisen.

Polens „produktive" Politik.

Von unserem Berichterstatter.

Ao. Warschau, Mitte Oktober.

Abgeordnete des Sejms erwarten von der kommenden Session große Sensationen. Marszałek Sejda, dessen Stellung seit Antritt seines Postens als politischer Außenminister bereits monatelang schwer erschüttert ist, scheint zur Zielscheibe zahlloser Angriffe der Opposition bestimmt zu sein. Es dürfte wohl sicher sein, daß Sejda von der Opposition nunmehr als Minister zur Strecke gebracht wird. Unter offizieller Leitung der nationalistischen Partei unter Sejda, ist Polen von Mißerfolg zu Mißerfolg geschritten. Im täglichen Kampfe mit der gegenwärtigen Regierung schließen die Oppositionsblätter alle besonderen „Verdienste" Polnischer Soldat um Polen: die polnischen Niederlagen in Genf und im Haag, die polnischen Mißerfolge bei Vertretung der Interessen in Riga und in Sinaia. Der letzte Schlag, den Polen in Genf erhielt, als der in Warschau gehaßte tschechische Rivale Dr. Beneschs den Polen Stimmen mit 30 Stimmen gegen 17 als Kandidat für den Völkerbundsrat besiegte, ist hier besonders schmerzhaft empfunden worden.

Zu einer aufgeregten Aussinandersetzung in der Heereskommission des Sejms brachte die polnische Presse Berichte, aus denen trotz Tendenz und Tusche der Blätter, die Richtung der wahrhaft unproduktiven nationalistischen Politik Polens klar erkenntlich wird. Der gegenwärtige Kriegsminister Szeptycki wurde, wie kurz gemeldet, in der erwähnten Sitzung von Mitgliedern der Kommission auf das schärfste angegriffen. Auf eine Anfrage von nationalistischer Seite über die Gerüchte wegen einer bevorstehenden Verminderung der polnischen Armee erwiderte der Kriegsminister, daß keine Verminderung der Bestandes der polnischen Armee von der Regierung beabsichtigt sei; im Gegenteil, seien dem Kriegsministerium gegenwärtig noch größere Mittel für die Armee als im Vorjahre zugewiesen worden. Ein anderer Angriff gegen Minister Szeptycki verurteilte die Parteipolitik in der Armee. Von den nationalistischen Abgeordneten wurde anhänger Piłsudski von den leitenden militärischen Stellen systematisch entfernt worden. Einige interessante Enthüllungen besonderer Art machte der Minister auf einen weiteren Angriff wegen Organisation der polnischen politischen Polizei. Er werde selbst von Agenten der polnischen Polizei überwacht. So sei es vorgekommen, daß einer solcher Agenten im Vorzimmer des Ministers Kopien von seiner Privatkorrespondenz angefertigt hatte. Der frühere Gehilfe des Ministerpräsidenten Piłsudski hat sich dann in derselben Sitzung als Abgeordneter derart erwiesen, daß er, von Szeptycki aus dem Saal gewiesen, als Antwort seinen Sessel umwarf, worauf er mit größtem Gerausch die Tür hinter sich schloß. Einige Abgeordnete der Linken verließen nach diesem Vorfall ostentativ die Sitzung. Schließlich nahm die Heereskommission den Entwurf einer Entschließung mit 14 Stimmen gegen 4 Stimmen an, in der sie den Erklärungen des Kriegsministers nicht Vertrauen kundgab.

Aufhebung provinzieller Kartoffelausfuhrverbote.

Die von den Militärbefehlshabern in Königsberg und Breslau erlassenen Ausfuhrverbote für Kartoffeln aus Ostpreußen und Schlesien nach anderen Zielen das Reichsgebiet sind aufgehoben worden.

Die Aufhebung des Verbots ist sehr zu begrüßen. Besser wäre es gewesen, die Ausfuhrverbote wären gar nicht ergangen.

18. Königsberg, 18. 10. (Eigenbericht) Auf eine Anweisung des Reichswehrministeriums in Berlin wurden am 17. Oktober früh auch bei gewissen rechtsstehenden Verbänden Haussuchungen abgehalten.

Mannheimer Todesopfer.

Mannheim, 18. 10. (W. T. B.) Die Zahl der Todesopfer aus den gestrigen Unruhen läßt sich noch nicht genau feststellen, in Betracht kommen fünf oder sechs Personen ihren Verletzungen; weitere Tote wurden in der Leichenhalle eingeliefert, unter den Verwundeten befindet sich auch der Polizeihauptmann Waterroth.

Arbeitszeit und soziale Hygiene.

Von
Privatdozent **Dr. Walter Weisbach,**
Halle a. d. S.

Die Zähigkeit, mit der sich die Führer der sich generell als Arbeitervertretung bezeichnenden politischen Parteien gegen den Achtstundentag klammern, gibt Veranlassung, die Frage aufzuwerfen, wie sich die soziale Hygiene zu der sozialen Fürsorge zu dieser Arbeitszeit stellen bzw. stellen sollten. Wenn sich der Opposition nunmehr als Minister zur Strecke gebracht wird. Unter offizieller Leitung der nationalistischen Politik unter Sejda, ist Polen von Mißerfolg zu Mißerfolg geschritten. Im täglichen Kampfe mit der gegenwärtigen Regierung schließen die Oppositionsblätter alle besonderen „Verdienste" Polnischer Soldat um Polen: die polnischen Niederlagen in Genf und im Haag, die polnischen Mißerfolge bei Vertretung der Interessen in Riga und in Sinaia. Der letzte Schlag, den Polen in Genf erhielt, als der in Warschau gehaßte tschechische Rivale Dr. Beneschs den Polen Stimmen mit 30 Stimmen gegen 17 als Kandidat für den Völkerbundsrat besiegte, ist hier besonders schmerzhaft empfunden worden.

Zu einer aufgeregten Auseinandersetzung in der Heereskommission des Sejms brachte die polnische Presse Berichte, aus denen trotz Tendenz und Tusche der Blätter, die Richtung der wahrhaft unproduktiven nationalistischen Politik Polens klar erkenntlich wird. Der gegenwärtige Kriegsminister Szeptycki wurde, wie kurz gemeldet, in der erwähnten Sitzung von Mitgliedern der Kommission auf das schärfste angegriffen. Auf eine Anfrage von nationalistischer Seite über die Gerüchte wegen einer bevorstehenden Verminderung der polnischen Armee erwiderte der Kriegsminister, daß keine Verminderung der Bestandes der polnischen Armee von der Regierung beabsichtigt sei; im Gegenteil, seien dem Kriegsministerium gegenwärtig noch größere Mittel für die Armee als im Vorjahre zugewiesen worden. Ein anderer Angriff gegen Minister Szeptycki verurteilte die Parteipolitik in der Armee. Von den nationalistischen Abgeordneten wurde anhänger Piłsudski von den leitenden militärischen Stellen systematisch entfernt worden. Einige interessante Enthüllungen besonderer Art machte der Minister auf einen weiteren Angriff wegen Organisation der polnischen politischen Polizei. Er werde selbst von Agenten der polnischen Polizei überwacht. So sei es vorgekommen, daß einer solcher Agenten im Vorzimmer des Ministers Kopien von seiner Privatkorrespondenz angefertigt hatte. Der frühere Gehilfe des Ministerpräsidenten Piłsudski hat sich dann in derselben Sitzung als Abgeordneter derart erwiesen, als er, von Szeptycki aus dem Saal gewiesen, als Antwort seinen Sessel umwarf, worauf er mit größtem Gerausch die Tür hinter sich schloß. Einige Abgeordnete der Linken verließen nach diesem Vorfall ostentativ die Sitzung. Schließlich nahm die Heereskommission den Entwurf einer Entschließung mit 14 Stimmen gegen 4 Stimmen an, in der sie den Erklärungen des Kriegsministers nicht Vertrauen kundgab.

Aufhebung provinzieller Kartoffelausfuhrverbote.

Die von den Militärbefehlshabern in Königsberg und Breslau erlassenen Ausfuhrverbote für Kartoffeln aus Ostpreußen und Schlesien nach anderen Zielen das Reichsgebiet sind aufgehoben worden.

Die Aufhebung des Verbots ist sehr zu begrüßen. Besser wäre es gewesen, die Ausfuhrverbote wären gar nicht ergangen.

18. Königsberg, 18. 10. (Eigenbericht) Auf eine Anweisung des Reichswehrministeriums in Berlin wurden am 17. Oktober früh auch bei gewissen rechtsstehenden Verbänden Haussuchungen abgehalten.

Mannheimer Todesopfer.

Mannheim, 18. 10. (W. T. B.) Die Zahl der Todesopfer aus den gestrigen Unruhen läßt sich noch nicht genau feststellen, in Betracht kommen fünf oder sechs Personen ihren Verletzungen; weitere Tote wurden in der Leichenhalle eingeliefert, unter den Verwundeten befindet sich auch der Polizeihauptmann Waterroth.

Steuern und Produktivität.

Von
Regierungsrat **Senft**-Lübeck.

Die zukünftige Steuerbelastung ist Deutschland wird schwer sein. Steuerzahlung wird nur der Besitz sein. Zur Rettung ist ferner eine gesteigerte Produktivität der Wirtschaft erforderlich.

An der Richtigkeit dieser drei Sätze zweifelt heute in Deutschland kein klar denkender Mensch mehr. Das Verdrießliche daran ist, daß kann bei großer steuerlicher Belastung des Besitzes nur Produktivitätssteigerung erzielt werden? Zur Erreichung dieses Zieles muß die Steuerbesteuerung eine grundsätzlich neue Richtung einschlagen. Es ist die Steuerlast auszulastlisten auf den Besitz selbst, nicht auf den Ertrag des Besitzes zu legen. Wer seinen Besitz gut nützt, der gute Wirtschafter, wird auf diese Weise begünstigt, der schlechte Wirtschafter zur Steigerung der Erträgnisse auf seinem Besitz angespornt.

An einem Beispiel wird das sofort klar. Zwei Landwirte besitzen Grundstücke gleicher Größe und Güte. Der eine ergiebt durch Fleiß, Intelligenz und sportsame Wirtschaftsführung beispielsweise 1000 Zentner Reinertrag, der andere mangels dieser Eigenschaften nur 500 Zentner. Bei der progressiven Einkommensteuer, welche bisher das Hauptziel des Steuersystems bildete, hat der gute Wirtschafter mehr als das Doppelte an Steuer zu entrichten, als der schlechte Wirtschafter. Wird die Steuer auf den Besitz abgestellt, so zahlen beide gleich viel; der schlechte Wirtschafter ist aber in der Lage, die ihn unverhältnismäßig höher belastende Steuerlast durch besseres Wirtschaften zu mildern.

Diese Besitzbelastung könnte so gestaltet werden, daß der Besitz seinem Inhaber nur geschätzt wäre bei einer gewissen Höhe der Produktivität. In dem angeführten Beispiel etwa so, daß der Besitzer erst bei einem Reinertrag von 750 Zentnern seinen Besitz auf die Dauer zu halten imstande wäre. Bei einer gesteigerten Produktion würde Verschuldung die Folge sein, und der Besitz würde schließlich in andere, bessere Hände übergehen.

Mittelst zu haben mit dem, der auf diese Weise wirtschaftlich zugrunde ginge, wäre falsche Humanität, wäre Schwäche. Die Wirkung einer solchen Steuergesetzgebung wäre sozial. Denn der leistungsschwache schlechte Wirtschafter würde zugrunde gehen zugunsten eines besseren Wirtschafters und damit zum Nutzen der Gesamtheit.

Wer mit seinem Pfunde wuchert, auf daß es hundertfältige Frucht bringe, mögen sich Leute bekommen; der kein Pfund bekommt, darf durch solche soziale Gesetze nicht künstlich vor dem Untergang bewahrt werden. — Nur das Einsache verspricht Erfolg.

Der Preußische Staatsrat trat am Mittwoch abend nach längerer Pause wieder zu einer Vollsitzung zusammen. Zur Beratung standen an einer kleine Vorlagen, die in wenigen Minuten erledigt wurden.

Der deutsche Botschafter in Moskau Graf Brockdorff-Rantzau besuchte am Dienstag den russischen Zeit der landwirtschaftlichen Ausstellung. Der Botschafter ist der erste deutsche Botschafter die von der Regierung eingeladenen Erfinder Graf Arco und Dr. Meißner empfangen.

gruppen gewährleistet wird, so müssen naturgemäß alle minder wichtigen Geschäftspunkte dahinter zurücktreten. Um so mehr kann die Regierung die Bedenken in gesundheitlicher Beziehung zurückstellen, als der Kampf um nächtliche Brot an sich schon fast jeden Arbeitsmann, der ja ohnehin in der Regel täglich achtstündigen Arbeitszeit mehrere Stunden meist sehr gering bezahlte Nebenarbeit zu leisten. Die Berücksichtigung der Schwere und Gesundheitsschädlichkeit der Arbeit muß notwendig zu B. durch entsprechende Kürzung der Schichten unter Tag also. gewahrt bleiben. Auch die größeren oder kleineren Vorteile, die manchem Arbeitsmann sich mit jedem Pfl. die Zeit bei achtstündiger Arbeitszeit nebenbei mehr Zeit auf die Steigerung des Ertrages seines Feldes oder Gartenlandes zu verwenden kann, müssen ihm zugestanden werden, ohne daß dadurch ein Wiederauftauchen unserer Volkswirtschaft zurückreten. Versprecht nun der gesundhinige Arbeitsgut ausschließende Beschäftigung und ausreichenden Lohn, so muß die soziale Hygiene ihn bis auf weiteres aufs wärmste befürworten.

Schiffahrtliste.

Am. = Amsterdam, B. = Bremen, D. = Danzig, G. = Genua, H. = Hamburg, R. = Rotterdam, St. = Stettin, Sw. = Swinemünde, T. = Triest. (Unverbindlich, da Aenderungen von den Reedereien vorbehalten.)

Nach (Dampferanzahl bei Abfahrtsdaten in Klammer)	am	Reederei
Boston		
„ „ (H.)	14 Mgl.	Holl.-Amerika-L.
New Orleans		
Leerdam (H.)	3. 11.	Holl.-Amerika-L.
Philadelphia, Baltimore		
„ „ (H.)	1. 11.	Holl.-Amerika-L.
Hamels (H.)	25. 10.	Hamb.-Amerika-L.
New York		
Cleveland (H.)	21. 10.	Hamb.-Amerika-L.
Westfalia (H.)	25. 10.	Hamb.-Amerika-L.
Manchuria (H.)	27. 10.	American Line
York (H.)	27. 10.	Nordd. Lloyd
Canopic (H.)	28. 10.	White Star Line
Orduna (H.)	28. 10.	Royal Mail Line
Hamburg (H.)	6. 11.	Holl.-Amerika-L.
Pyrrhenia (H.)	8. 11.	Cunard Linie
Bremen (H.)	8. 11.	Nordd. Lloyd
Cuba, Mexiko		
Toledo (H.)	20. 10.	Hamb.-Amerika-L.
Idarwald	3. 11.	Hamb.-Amerika-L.
Barmbeck (H.)	4. 11.	Hansa-Linie
Vera Cruz		
Nordfriesland (H.)	28. 10.	Ocean-Linie
Leerdam (H.)	3. 11.	Holl.-Amerika-L.
Fresenius-Stinnes (H)	15. 11.	Hugo Stinnes-Linie
Kopenhagen		
von Rensselaer (H.)	26. 10.	Kgl. Westind. Maild.
Venezuela, Columbien, Haiti		
Stinnes (H.)	26. 10.	Hamb.-Amerika-L.
Tsad (H.)	10. 11.	Hamb.-Amerika-L.
Buenos Aires		
Cap Norte (H.)	25. 10.	Hbg.-Südam. D.-G.
Crefeld (H.)	28. 10.	Norddeutsch. Lloyd
Arentsburg Rendi (H.)	11. 11.	Span. Dampfsch.-R.
Cap Polonio (H.)	15. 11.	Hbg.-Südam. D.-G.
Marvesteen (H.)	16. 11.	Hugo Stinnes-Linie
Rio de Janeiro, Santos, Desterro, Rio Grande		
Itana Rendi (H.)	20. 10.	Span. Dampfsch.-R.
Flandria (Am.)	31. 10.	Kgl. Holl. Lloyd
Santa Fe (H.)	1. 11.	Hbg.-Südam. D.-G.
Tenerife (H.)	15. 11.	Hbg.-Südam. D.-G.
Tucuman (H.)	15. 11.	Hbg.-Südam. D.-G.
Guayaquil, Valparaiso, Corongo		
„ „ (H.)	wechsl.	Kgl. West-Ind.-M.
Rhodesia (H.)	20. 10.	Disch D.-G. Kosmos
Wido (H.)	27. 10.	Roland-Linie
Colombo, Madras, Calcutta		
Urachostels (H.)	27. 10.	Hansa-Linie
Rheinland (H.)	3. 11.	Norddeutsch. Lloyd
Stuttgart (Am.)	10. 11.	Norddeutsch. Lloyd
Karachi, Bombay		
Ostmarkt (H.)	26. 10.	Hansa Linien
Havenkerk (H.)	20. 10.	Holl.-Brit. Ind.-Lin.
Neckarstein (H.)	5. 11.	Hansa-Linien
Hongkong, Shanghai, Kobe		
Nito Maru (H.)	10. 11.	Nippon Yus. Kaisha
Boetramtiekmeer (H)	24. 11.	Rickmers-Linie
Port Said, Batavia		
Lauterfels (H.)	3. 11.	Hansa-Linien
Meerstreek (H.)	10. 11.	Holl.-Brit. Ind.-Lin.
Straits, Yokohama		
Anil Kerteer (H.)	27. 10.	Hugo Stinnes-Linie
Paya Pahos (H.)	10. 11.	Osaka Shos. Kaisha
Sydney, Brisbane, Melbourne		
„ „ (H.)	monatl.	Hamb.-Amerika-L.
Jason (H.)	1. 11.	Nordostdeutsch. Lloyd
Angola		
Heuser (H.)	17. 11.	Deutsch. Afrika-D.
Walfischbay, Lüderitzbucht, Kap		
Naxos (H.)	30. 10.	Deutsch. Afrika-D.
Klipfontein (H.)	3. 11.	Holl.-Südafrika-L.
Kangnat (H.)	6. 11.	Deutsch. Afrika-D.
Goldküste, Kongo		
Imo (H.)	17. 10.	Deutsch. Afrika-D.
Livadia (H.)	2. 11.	Deutsch. Afrika-D.
Las Palmas, Fernando Po		
Wadai (H.)	15. 11.	Deutsch. Afrika-D.
Liberia		
Este (H.)	23. 10.	Deutsch. Afrika-D.

Reichsminister Sollmann als Parteiagitator.

Köln, 17. 10. (Wtb.) Vor der Ausführungs-Versammlung der sozialdemokratischen Partei Kölns hielt der Reichsminister Sollmann eine Rede über die innen- und außenpolitische Lage. Er führte u. a. aus, der Kapitalismus und die Reaktion lieferten für die Krise die Hauptmassen vor. Der Niederbruch des politischen Wiertschafts habe die nationalistische Reaktion zur Macht gebracht. Es gelte, diese gefährliche Reaktionsmacht zu zerschlagen. Die Sozialdemokratie nicht mit. Auch sie wolle, daß unter Umständen die Diktatur eintreten müsse. Aber sie könnte nicht eine solche Herrschaftlichkeit machte

Unpolitische Tagesschau

Berlin, den 18. Oktober 1923.

Zeitsplitter.

Kaufen und verkaufen.

Untergrundbahn. Gegen 7 Uhr abends. Bahnhof Zoo. Auf dem für altväterliche Friedensverhältnisse bis zu 3 Zugleisen eingeleisigen Bahnsteig gewaltiger Andrang. Als der Zug eingelaufen ist, lasse ich mich im Strom in den letzten Wagen III. hineinwuchten. Die übrigen Fächer und den Schaffnerraum abgesausten Verkehrsermahnungen begleiten meinen Einzug. Obwohl wir wie die Ölsardinen zusammengepreßt sind, gelingt es einem Bordermann, den Kartoffel einem Abendblatter zu entziehen. „Der Dollar gefallen! Da muß man saufen." — „Wollt'n Sie einen haben?" hört's über meiner rechten Schulter. Das Geschäft ist zwischen Zoo und Wittenbergplatz gemacht.

Ich hatte geschäftlich in Bayern zu tun. Sonst ist mir die Eisenbahn ebenso unbekannt geworden wie den Südseeinsulanern, die kaum den rauchenden Schornstein eines Dampfers einmal im Leben erblicken. Da ich einen Zug vor der Bierpreiserhöhung nach Preußen zurückfuhr, genehmigte ich auf jeder Station als Reisenden für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre ein großes Glas echten Münchnerdi. Würzburg war die letzte Station auf meiner Reise. „50 000 Mark Pfand, wenn Sie das Glas in den Zug mitnehmen." — Da wir noch die bewegten Klagen meiner Frau im Geschäftsjahr vernahmen, wieviel Millionen sie für den Ersatz der drei nacheinander von unserer Oma zerschlagenen Gläser zum Eierkingen hatte zahlen müssen, habe ich einen 50 000er hinterlegt und das große echte Würzburger Glas meinen Sachwerten in Berlin einverleibt.

Meine Frau ist höchst gegangen. In ihrem großen Eifer hatte sie die verlangten leeren Medizinflaschen verstaut. Damit ging sie um die Ecke zum Apotheker. „Kaufen Sie leere Medizinflaschen?" — „Jawohl." — „Was geben Sie denn?" — „Zeigen Sie erst 'mal her." — Meine Frau packt 13 Stück verschiedenster Größe mit und ohne Tropfvorrichtung aus. Kurze Überlegung. „Na, 20 000 M." — „?" — „Beim Trockenen bekommen Sie noch weniger." Meine Frau packt wieder ein. Fünftige Schritt weiter zum Drogisten. „Wo Flasche 100 M." — „Lieber verschlage ich sie alle." Nach fünftig Schritte eine weitere Apotheke. „Was geben Sie für die Flaschen?" — „Keine Ahnung, der freundliche ältere Herr greift in seine Kasse und legt eine Million sechsmalhundertausend Mark auf den Ladentisch.

* * *

Es gibt Kleinigkeiten im Haushalt, die man trotz aller Dollarsprünge haben muß. Dazu gehört eine Tube Zahnbeilbm. Wenn das Mädchen beim Herkauf vom Seifenmann abgeschlossen hat. Wenn Dubis sämtliche Häuser nur noch aus einzelnen Holzteilen bestehen, wenn Briefmarken ins Album zu kleben sind usw. Da ging zu meinem alten Lieferanten „12 Millionen." — Da ich nur 4½ bei mir hatte, versprach ich wiederzukommen. Ging aber anderen Tags zur Apotheke „25 Millionen." Dieselbe Größe, Firma und Aufmachung. Ich kehrte zu meiner alten Liebe zurück. Sie fabrizierte dieselbe Preistafel mit an Zoo vorher und multiplizierte mit dem Index. Erfolg: 11 Millionen . . . O. M.

Kanalbauten als Notstandsarbeiten.

Wie wir kürzlich mitteilten, verfolgt der Magistrat den Plan, im Bezirksteil der Stadt einen Kanalbau anzufangen, die der Erschließung von Industriegelände dienen sollen. In erster Reihe wird der „Nordkanal" genannt, der im Norden Berlins bei Reinickendorf und Tegel angelegt werden und weites Industrieland erschließen soll. Er ist mit 30 Millionen veranschlagt und soll 10 000 Arbeitern Verdienst gewähren. Das zweite Kanalprojekt greift einen Reinickendorfer Gedanken vom Gebrüder Wilhelmsberg im Osten Berlins.

Streik um Krankenhäuser.

Das für die Krankenanstaltungen zwischen Berlin und den Bezirksämtern gemäß dem Groß Berlin gebildete Schiedsgericht hat, wie berichtet, dahin entschieden, daß das Krankenhaus Charlottenburg in Lichterfelde dem Kreise Teltow, die Krankenhäuser in Brix und Köpenick bogegen der Stadt Berlin zugewiesen werden. Streikende Bezirke sind sich ein Beispiel der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, die einen Antrag einbringen will, worin der Magistrat ersucht wird, die von Berlin gemachten Mitglieder der Groß Berlin zurückzuberufen und bei den gelegebenden Parteien dahin zu wirken, daß die Krankenanstaltenverwaltung aus den Schiedsgerichten in einer Weise geregelt wird die den Reichen der Stadt Berlin entspricht.

Der Stadt Berlin sind durch den Schiedsspruch zwei schöne, moderne und leistungsfähige Krankenhäuser zugesprochen worden. Das sollte auch gerechterweise von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion anerkannt werden. Es ist durchaus recht und billig, daß dem Kreis Teltow das Lichterfelder Krankenhaus, das der Kreis mit seinen Mitteln geschaffen hat, überlassen bleibt.

Ein Brot 620 Millionen.

Die Bäcker fordern Schutz.

Der Geschäftsführer der Bäckermeister Groß Berlin teilt mit:

Da der Weltpreis seit dem 15. Oktober erneut um rund tausen Millionen für den Doppelzentner gestiegen ist, hat sich eine abermalige Preiserhöhung für das Brot notwendig herausgestellt. Vom Freitag ab kostet das Brot 620 Millionen, die Schrippe 18 Millionen Mark, die übrigen Gebäckpreise erhöhen sich entsprechend.

Weiter heißt es in der Zuschrift: Die Plünderungen von Bäckereien nehmen ihren Fortgang. So sind am Mittwoch Abend auch in Cöpenick, Spandau und sächsischen mehrere Bäckereiladen von Frauen von zufriedener Seite verstärkter Polizeischutz zugeschickt worden ist, sind die Bäckereien auch wie vor Dutzend. Unter den Umständen droht die Gefahr einer Einstellung der Brotversorgung, wenn von den Behörden nicht schärfer eingegriffen wird.

Die unbeteiligte Mahrzeugt, gerade in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Krise die kommunale Brotversorgung aufzuhalten, zeitigt ihre Früchte. Es muß einmal geschehen, um den Brotpreis in erträglichen Grenzen zu halten, wenigstens vorläufig eine weitere Steigerung zu verhindern. Und es muß schleunigst etwas geschehen.

Großfeuer bei Orenstein & Koppel.

In der Nacht zum Donnerstag brach aus noch unbekannter Ursache in der Waschenfabrik von Orenstein & Koppel in Drewitz ein Brand aus, der sich in kurzer Zeit auf den großen Gebäuden ausdehnte. Die Bewohner von Potsdam und Nowawes waren die ganze Nacht über mit den Löscharbeiten beschäftigt. Es wurden 4 Spritzen und 4 Motorspritzen, sowie mehrere anschließende Werkstätten ein Raub der Flammen wurden.

Die Feuerwache von Niederschöneweide wurde am Mittwoch abend nach der Berliner Straße alarmiert, wo in dem Kabelwerk der Felten und Guilleaume der Dachstuhl in Flammen stand. Die Bebauung aufgestellt, daß es am Feuer bei der Fabrik Bergmann entstanden sein dürfte, die von dem Münchener Bildhauer Professor Hofer modelliert sind, abgeschnitten und entschädigt und es sollte daraufhin ein Verfahren eingeleitet werden. Jetzt der Müller v. Hausen sein Entschädigungsanspruch geltend gemacht, und es wird die Klage in den nächsten Tagen vor dem Schöffengericht Berlin verhandelt werden, da der Bertreter des Klägers den Klageantrag noch nicht vorbereitet hatte.

Verkrafte Prügelhelden.

Die vier Nationalsozialisten, die im Juni d. J. auf der Straßenbahn von Wilmersdorf nach Charlottenburg Frankel, Bizepräsidenten der Münchener Handelskammer angegriffen und niederschlugen, haben wegen Beleidigung und Körperverletzung zu Gefängnisstrafen von einem Tag bis zu einem Monat verurteilt. Die Strafen sind bei den Angeklagten verschiedene Aufmerksamkeit.

Es scheint, daß der sittlich belegte Wächter mit seinen 30 000 (dreißigtausend) Mark in der Tasche nun nicht übermäßig wird. Uebrigens muß so ein Antisemitismus bei Reichsbahnbeamten hat reine Wolf sein. „Kein Haar der aufgeregten Zeit brang noch in diese Einsamkeit."

Schwerer Eisenbahnunglück.

Aus Wien wird gemeldet: Bei einem Zusammenstoß zweier Personenzüge bei Mährisch-Ostrau sind beide Züge fast vollständig zertrümmert worden. Man zählte 6 Tote und 10 Schwerverletzte.

Notstandsmaßregeln in Schöneberg.

In der Sitzung der Schöneberger Bezirksversammlung bestand die Kommunisten die Zwischendemonstration einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, worin eine Reihe von Forderungen erhoben wurden. Es heißt darin: Die Notstandsarbeiten in großem Umfange in Angriff genommen werden, sondern auch die Ausbildung der Erwerbslosen unterstützung zweimal wöchentlich stattfinden und die rückständigen Zahlungen für Okt bei den Erwerbslosen. Kriegsarbeitern, Pensionären und Kleinrentnern nachgeschlagen werden. Gleichzeitig hiermit wurde ein Antrag beraten, wonach das Beistand aufgehoben wurde, brauchbarere Räume für die Ablertigung der Erwerbslosen bereitzustellen. Da die Zuschrift bekannt lesen. Ein Arbeitslosen-Ausschuß allein seinen Tage bis zu seiner Auflösung in die Hilfe wurden. Man solle eine in der Nähe liegende Turnhalle zu einem Kasernen Bürgermeister Berthelsdorf erklärte, man wolle gewiß alles tun, was in der Macht der städtischen Behörden läge, um die Not der Arbeitslosen zu lindern. Aber es sei eben nicht mehr Geld vorhanden. Trotzdem hätten die Bemühungen dahin geführt, daß Notstandsarbeiten im größten Umfange in Aussicht gestellt worden seien. Auch sollen Verbesserungen in der Verteilung der Arbeitslosen durchgeführt werden.

Der Antrag wurde darauf einstimmig angenommen.

Die Not der Volksküchen betrat ein zweites Dringlichkeitsantrag des Leiters des Schöneberger Volksküchenvereins, des Pastors. Dr. Weyer. Das Bezirksamt wird daran erinnert, beim Magistrat mit allem Nachdruck auf die Bereitstellung außerordentlicher Mittel für die Schöneberger Volksküchen hinzuwirken. Die Weyer führte zur Begründung aus, daß die der Volksküchenverein fast keinerlei Unterstützung mehr erhalte und nicht in der Lage sei, seinen Betrieb fortzuführen, wenn nicht die Stadt ihm einen Fonds zur Verfügung stelle. Auch die vom Verein durchgeführte Verteilung von warmen Räumen für die Kleinrentner in den Wärmstuben wird bei den Winter, die sich bereits bemerkbar habe, mußte eingestellt werden, da das Bezirksamt entgegen seinen Versprechungen die Heizung nicht erhitzt habe. Stadtv. Kobel (D.) lehnt vor, die Versammlung möchte ihre Mittel den Volksküchenvereinen zur Verfügung stellen. Auch die vom Verein durchgeführte Verteilung von warmen Räumen für die Kleinrentner in den Wärmstuben wird bei den Winter, die sich bereits bemerkbar habe, mußte eingestellt werden, da das Bezirksamt entgegen seinen Versprechungen die Heizung nicht erhitzt habe. Auch auf zurückzuführen, daß man mit sehr wenig Fleisch auskommt, dieses genußfähiger und nicht als reguläre Fleischportion dient. Da frisches Schlacht- oder Gefrierfleisch bezweifelt wird, bleibt einerlei. Man kann mit 125 bis 150 Gramm Fleisch für drei bis vier Personen eine adelige Mahlzeit herstellen. Wo ein Bedürfnis nach Abwechslung aufkommt, helfen Brühwürfel oder einige Tropfen Würze bestens nach. Die frischen Gemüse, Hülsenfrüchte, Reis, Graupen usw. ergeben in Verbindung mit Kartoffeln ein überzeugtes gärtigen Eigenleben. Das der reichlichen Sammlung verarbeitet Kartoffelschnitzen nennen wir.

Hamburger National (frisches oder gesotenes Schweinefleisch, Stekrüben und Kartoffeln), das berühmte Fritz Stern oder Lämmerfleck (Lammes- oder Ziegenfleisch, Weißkohl, Zwiebeln und Kartoffeln), Kopfsoupe (Kopfsalat oder geschmorte Blattrippe, Kartoffeln und frisches Schweinefleisch), grobe oder Pfälzer Kartoffelsuppe, Kartoffelsuppe mit Gelerkl Gemüse, Kohl, Kartoffeln mit Kohlrabi, Hammel- oder Schweinefleisch), Pilzl (Reis Pilzen mit Tomaten oder Speck und Zwiebeln), Kohlrabi, Kartoffeln mit Zwiebelfleisch, Serbischer Reisfleisch usw. In dieser produktiven Periode des Jahres 1923 ist der Zwiebel eine Kostbarkeit, die einen Ersatz für Zwiebeln und Bonnen bedarf kann es Brudreis (kein) hineingeben und das Gange langsam im geschlossenen Topf garbinnen. Wenn Reis aber verfeln, sowie fehlen gerade auf das unerläßliche Weißfleisch.

Berachten wir die Wirte und Kuffe vorherer Fleischer, so werden wir finden, daß eine schmack- und nahrhafte Kost auch ohne kostenlich viel Fleisch bereitstellen kann. Und bei mäßiger Speisezettel der Hausfrau keine unüberwindliche Schwierigkeiten verursacht, wenn sie die Speisen, Bedarf, Verbesserung und Verfügung mit tischtet.

F. C. M.

Die Mißstände in den Wohnungsämtern.

Eine parteiliche Antrage hat der Berliner Magistrat auf den Antrag angeben, den bereits im Juni d. J. die Zentrumsfraktion wegen der Beschwerden von Kriegsbeschädigten und Beamten der sächsischen Wohnungsämter gestellt hatte. Der für diesen Antrag einzelnde Ausschuß trat gestern zusammen und beschloß die Schaffung eines Ausschusses, der die Antrag des Magistrats und die einzelnen Fragen des Antrages entgegennehmen. Wer über nicht erfahren und keinen Vertreter entsandte, war der bedauerlichen Ansicht. Der Wohnungsamt bestätigt diese merkwürdige Verhalten einer scharfen Kritik und beschloß dann, an die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen zu richten, die zu erwähdichen, Erhöhung vom Magistrat weitere Auskünfte über die Mißstände in den Wohnungsämtern einzuholen.

Für pünktliche Abfetzung des Gaubverbrauchs.

Die Bürgerliche Fraktion der Bezirksversammlung Friedrichshain hat am letzten Sitzung einen Antrag Dr. Fuhrberg und Genossen angenommen, eingebracht, worin der Magistrat aufgefordert wird, dahin zu wirken, daß die öffentlichen Bauhöfen (Gas, Wasser, Straßen, Kanalisation, Straßenreinigungsbetriebe usw.) an bestimmten Terminen erhoben und vorher die Zählerstände und Zähler an bestimmten Tagen abgelesen werden.

Die Diebstähle in der Staatsbibliothek.

Ein Studienrat unter Anklage.

Nach wiederholten Vertagungen begann Donnerstag ein vor der Strafkammer des Landgerichts I die erneute Verhandlung gegen den Studienrat Dr. Fr Dobe, der des Diebstahls von Büchern aus der Staatsbibliothek und der Preußischen Staatsbibliothek beschuldigt wird.

Studienrat Dr. Dobe ist Bibliothekmitglied und hatte seit einer geraume Zeit Zugang. Im Jahre 1919 arbeitete er an einem Werk über Bibliotheksdrucke und benutzte für seine Arbeiten die Preußische Staatsbibliothek und die Bibliothek des Grauen Klosters. Eines Tages meldete Dobe der Bibliothekleitung des Grauen Klosters, daß er ein von ihr entliehenes Werk in der Straßenbahn habe liegen lassen. Das Werk wurde nicht wiedergefunden. Kurze Zeit darauf verschwand ein anderes Buch aus dem Lesesaal, das er selbst in den Schrank der Bibliothek zurückgestellt haben wollte. Im ganzen fehlten, wie der Direktor des Grauen Klosters, Dr. Kern, vor Gericht bekundete, 33 Bücher. In der Zufundebibliothek und der Staatsbibliothek sind 25 solcher Bücher, und andere Exemplare verschwunden, darunter „Neunke de Hoh", von dem im ganzen nur drei Exemplare vorhanden sind, die Bibel von 1483, „Bilder von Thurn", eine Gritzelbausgabe und Blätter von Terenz. Auf Grund der Bestandnisse im Grauen Kloster wurde im Mai 1921 bei Dr. Dobe Haussuchung abgehalten und es fand sich eine ganze Reihe von Werken, die nach Aussage der Bibliotheksleitung aus der Staatsbibliothek stammen. Die Werke waren in andere Einbände gebunden, und es waren die Stempel der Bibliothek teils auf chemischem Wege entfernt, teils ausbrennt oder herausgeriffen worden. Einbandfragmente Dobe unter Anklage gestellt. Zur Verhandlung sind zahlreiche Zeugen und Sachverständige, darunter auch der Geheimrat Dr. Zedelmann.

Der Angeklagte bestreitet jede Schuld. Er behauptet, daß er im Jahre 1919 in der Nachmittagsstunden und in der Zeit der Lesesaalbeleuchtung sehr häufig Bücher gekauft habe. Diese Werke seien ungebunden gewesen und er habe sie dann selbst binden lassen. Einzelne der Staatsbibliothek seien nicht zu erkennen gewesen. Die Anklage nimmt an, daß Dobe bezw. an. daß Dobe als Kenner genau wissen mußte, woher die Werke stammen. Auf Antrag von Rechtsanwalt Wahn wurden mehrere Zeugen eidlich vernommen, die bekundeten, daß die Staatsbibliothek zur Zeit der Revolution teils von regulären Truppen, teils auch von Spartakusleuten belegt gewesen sei und daß die Bibliothek für den damals entstandenen Schaden Erlaßansprüche erhoben hatte.

Eine zurückgenommene Entschuldigung.

Das bedeutet, schreibt seit längerer Zeit eine Beleidigungsklage, die Frau Geheimrat Katharina v. Müller der Mutter des verstorbenen Reichsministers, gegen den politischen Schriftsteller Hauptmann a. D. Müller v. Hausen angestrengt hatte. In seiner Broschüre „Die Helden von Zion" hatte er am Friedrich Ebert und Gustav Noske, die von den Münchener Bildhauer Professor Hofer modelliert sind, abgeschnitten und entschädigt und es sollte daraufhin ein Verfahren eingeleitet werden. Jetzt der Müller v. Hausen sein Entschädigungsanspruch geltend gemacht, und es wird die Klage in den nächsten Tagen vor dem Schöffengericht Berlin verhandelt werden, da der Bertreter des Klägers den Klageantrag noch nicht vorbereitet hatte.

Verkrafte Prügelhelden.

Die vier Nationalsozialisten, die im Juni d. J. auf der Straßenbahn von Wilmersdorf nach Charlottenburg Frankel, Bizepräsidenten der Münchener Handelskammer angegriffen und niederschlugen, haben wegen Beleidigung und Körperverletzung zu Gefängnisstrafen von einem Tag bis zu einem Monat verurteilt. Die Strafen sind bei den Angeklagten verschiedene Aufmerksamkeit.

Wir haben ihm dafür eine Belohnung von 30 000 M. Die Sache ist im Interesse der Diebstahlsbekämpfung an den Tag gelegte Umsicht und Aufmerksamkeit. geg. (Signum.)

Es heißt, daß der sittlich belegte Wächter mit seinen 30 000 (dreißigtausend) Mark in der Tasche nun nicht übermäßig wird. Uebrigens muß so ein Antisemitismus bei Reichsbahnbeamten hat reine Wolf sein. „Kein Haar der aufgeregten Zeit brang noch in diese Einsamkeit."

Schwerer Eisenbahnunglück.

Aus Wien wird gemeldet: Bei einem Zusammenstoß zweier Personenzüge bei Mährisch-Ostrau sind beide Züge fast vollständig zertrümmert worden. Man zählte 6 Tote und 10 Schwerverletzte.

Fleischlose Küche.

Winke für die sparsame Hausfrau.

Mehr denn jemals ist die Hausfrau gezwungen, heute zu der sogen. „Fleischlosen Küche" ihre Zuflucht zu nehmen. Unter der Vorausetzung, daß mit Fett nicht allzu sehr gegeizt und vielerlei zur gewürzt wird, erfreuliche Speisen wohl den gewünschten Zweck, ohne lieren vegetarianisch zu sein.

Geschätzte Speisekarte, Gemüse, Kohlrabi, Kürbispfanne, Spinatsalschen, Kräuterbratlinge, Blaubouletten, Steierischer Gemüsetopf und mannigfaltige andere billige, aber schmack- und nahrhaftige Zusammenstellungen sind die gegebenen Tipps. In letzterem Nationalgericht brauchst man allerdings, je nach der Jahreszeit verschiedenes Grünzeug, wer es beschaffen kann, ein paar eßbare Schwämme, oder das gewöhnliche in der Saison aufgerufe Viereckl, wie das Gemüse, geriebene Kartoffeln. Eine Speckschwarte, ein frischer oder geräucherter Brocken geben dem Gericht einen erhöhten Wert. Ferner kann reine Zwiebeln, eine Knoblauchzehe, etwas Selleriesalzkraut oder Petersilie hacken. Das Ganze, unpelellt bei bis vier Suppenteller voll, unterrimmer mischen, in ein mit 50 bis 80 Gramm Margarine oder Schmalz ausgeriebenen Geschirr schichten, Salz und Pfeffer dazwischen streuen, heißes Wasser, in welchem brei Bouqsis Brühwürfel aufgelöst wurden, aufgießen, das für über die Hälfte des Inhaltes reichen muß, Speck oder Brocken hineinstecken, dicht verschließen und im Ofen oder der Kochkiste weichdünsten. Hierauf mit der Gabel langsam herrühren den Knochen entfernen und neue Speckgemüse Brum, ganz kein gewiegt, wieder zugegeben werden, alle schmecken, notfalls durch einen Spritzer Kitze kaltung und das wieder, mehr Salz und Pfeffer, Kartoffelsuppe, Kartoffelsuppe mit Hammelfleisch, Kartoffelsuppe mit Zwiebeln und Kartoffeln).

Hamburger National (frisches oder gesotenes Schweinefleisch, Stekrüben und Kartoffeln), das berühmte Fritz Stern oder Lämmerfleck (Lammes- oder Ziegenfleisch, Weißkohl, Zwiebeln und Kartoffeln), Kopfsoupe (Kopfsalat oder geschmorte Blattrippe, Kartoffeln und frisches Schweinefleisch), grobe oder Pfälzer Kartoffelsuppe, Kartoffelsuppe mit Gelerkl Gemüse, Kohl, Kartoffeln mit Kohlrabi, Hammel- oder Schweinefleisch), Pilzl (Reis Pilzen mit Tomaten oder Speck und Zwiebeln), Kohlrabi, Kartoffeln mit Zwiebelfleisch, Serbischer Reisfleisch usw. In dieser produktiven Periode des Jahres 1923 ist der Zwiebel eine Kostbarkeit, die einen Ersatz für Zwiebeln und Bonnen bedarf kann es Brudreis (kein) hineingeben und das Ganze langsam im geschlossenen Topf garbinnen. Wenn Reis aber verfeln, sowie fehlen gerade auf das unerläßliche Weißfleisch.

Berachten wir die Wirte und Kuffe vorherer Fleischer, so werden wir finden, daß eine schmack- und nahrhafte Kost auch ohne sonderlich viel Fleisch bereitstellen kann. Und bei mäßiger Speisezettel der Hausfrau keine unüberwindliche Schwierigkeiten verursacht, wenn sie die Speisen, Bedarf, Verbesserung und Verfügung mit tischtet.

F. C. M.

Auswärtige Börsen und Warenmärkte.

Pariser Börse.

	17. 10.	16. 10.
3½ Frz. Rente	55,50	55,60
5% Frz. Anl. 11	65,60	65,30
6% Frz. Anl. Ant.	56,75	56,70
Engen. Anl. A	—	—
4% Jap. Anl.	199,40	192,05
4% Russen	—	—
Frzös. Bank A.	26,10	26,00
5% Frzös. A. Ob	31,70	31,15
4% Span. Rente	57,25	57,25
4% Span. Anl.	101,50	100,50
B. de France	1080,00	1075,00
B. de Paris	1018,0	1008,00
Cred. Lyonn.	818,00	1010,0
Le Creusot	—	—

	17. 10.	16. 10.
Comp. Guyakiad	1,00	—
Goldfields Rand	20,5	20,0
Rechtenm. Ind.	17½	17½
Anglo Perun.	36,5	37,75
Gaudmann	21,75	20,0
Kaudmann	17,5	17,5
Tabaksregie	17,5	17,5
Ruhr Trust	26,5	32,50
Anglo Americ.	37½	35
Anglo Persian	—	—
S. I. Vers.	—	—
Rio Tinto Pf. Ch	—	—
Max. Eagle	—	21,0
Berge Emil.	29½	29
Tabak Transv.	35	37½

Londoner Börse.

	17. 10.	16. 10.
2½ Konsols	48½	48½
5% Kanada	—	—
1900-00	—	—
3% Arg. Kons.	100½	100,75
4% Arg. Kon. 00	99,50	99,50
3% Japan.	14,00	14,00
4% Japan 1905	104,50	103,50
2% Russ.	—	—
4% Russ. 1905	55,50	58,00
5% Russ. 1906	8,00	8,00
6% Russ. 1906	10,00	11,00
Mexican. Eisb.	14,50	142,50
Canadian Pac.	106,00	106,00
Southern Pac.	95,00	95,00
Rand Mines	—	—
East Rand	6,75	6,7

	17. 10.	16. 10.
Cons. Goldfield	1,00	—
Goldfields Rand	20,5	20,0
Rechtenm. Ind.	17½	17½
Anglo Perun.	36,5	37,75
Gaudmann	21,75	20,0
Kaudmann	17,5	17,5
Tabaksregie	17,5	17,5
Ruhr Trust	26,5	32,50
Anglo Americ.	37½	35
Anglo Persian	—	—
S. I. Vers.	—	—
Rio Tinto Pf. Ch	—	—
Max. Eagle	—	21,0
Berge Emil.	29½	29
Tabak Transv.	35	37½

New Yorker Börse.

	17. 10.	16. 10.
Atchison Top.	86	86
do. pref.	95	95
Baltimore	41½	38½
Canadian Pacific	142	141
Chesapeake	59	59
Chicago Milw.	34½	34½
do. Rock Island	24½	24½
Erie	13½	13½
do. 1. Pref.	20½	20½
Illinois Central	104	104
Cons. City and S.	17½	16½
do. pref.	—	—
Louisv. & Nashv.	86½	86
Missouri Kansas	—	—
Missouri Pacific	25	25
Nat. R. Mex. 2 pr.	2½	2½
New York Central	100½	100
do. pref.	—	—
Norfolk West.	101½	101½
Northern Pac.	84½	84½
Pennsylvania	42½	42½

	17. 10.	16. 10.
Reading	76	75
St. Louis & S. F.	—	—
Southern	37½	37
Southern Pacific	85½	85½
Texas Pacific	—	—
Union Pacific	—	—
Wabash pref.	—	—
American Can	—	—
do. Car & Fdy.	—	—
do. Elec & Lib.	—	—
do. Leather	—	—
do. pref.	88½	88
American Loco.	35½	35½
American Smelt.	36½	36½
American Sugar	34	34
Central Leather	14	14½
Chile Copper	13	13
Corn Products	25½	26
Crucible Steel	26½	26½
Distill. Sec.	6½	6½
Gen. Electric	148	148
Gen. Motors	13½	13½
Int. Nickel	14½	14½
Int. Stat. Steel C.	97½	96½
Kennecott	31½	31½
Pullman	119	118½

London, 17. Oktober. (Nachtrag.)

	17. 10.	16. 10.
Belgien	386,50	385,00
Budapest	82 0,0	82,500
Christiania	2216,50	2134,50
Kopenhagen	2576,50	2485,50
Stockholm	17,81	17,21
Helsingfors	165,75	162,00

	17. 10.	16. 10.
Athen	294,50	294,50
Italien	79	75
Prag	770,00	770,00
Wien	1,50,00	1,50,00
Sofia	455,00	455,00
Madrid	1,250,00	1,250,00

Ueberseeische Wechselkurse auf London.

	Notierung	Parität	17. 10.	16. 10.
Montreal	$ L. 1 £	4,86	358,621	405,521
Alexandria	Pfd. L. 1 £	97	246,375	246,375
Bombay	d. L. 1 Rp.	24	1 4,0	1:4,4375
Hongkong	d. L. 1 $	4,0	2:2,21875	2:2,21875
Shanghai	d. L. 1 Tael	24,066 d	2:2,0625	2:2,0625
Yokohama	d. L. 1 Yen	24,36 d	0,5375	0,5375
Singapore	d. L. 1 Doll.	—	2:4,15625	2:4,15625
Batavia	d. L. 1 Gu	24,36 d	—	—
Buenos Ait.	d. L. 1 Doll.	47,6 d	39,05375	38,5625
Lima	d. L. 1 pr. Pfd.	48	—	—
Montevideo	d. L. 1 Doll.	51 d	39,00	—
Rio de Jan.	d. L. 1 Milr.	27 d	3,0125	3,01375
Valparaiso	d. L. 1 d.	8,33	37,15	36,40
Berlin	d. L. 1 Doll.	24,38 d	19,00	21,00

Wiener Börse.

In Tausenden.

	17. 10.	16. 10.
Mai-Rente	—	1,05
Kron-Rente	—	1,05
Gold-Rente	—	1,05
Ges. f. Elektr.	30,00	30,00
Ges. f. Bergbau	37	37
Kr. Rente	35	37
Alpine	365	371
Bankverein	250	250
Lenz	1,20	1,25
Oesterr. Kredit	244	242
Ungar. Kredit	1,00	1,00
Länderbank	3,7	3,10
Anglo	230	230
Donaubaus	235	235
Schoeller	1,00	1,00
Nordbahn	21,00	21,00
Ostbahn	1,00	1,00
Südbahn	225	237
Sch. Priorität	5,40	5,80
Simmering	—	—
Ungar. Bodenkr.	193	193,1
Alpine	69,5	67,5

	17. 10.	16. 10.
Kriegsanl.	443	437
Kriegs. Kupf.	363	363
Kriegs. Eisenb.	—	—
Pulb. Bitte	1030	1050
Ungar. Kron.	2450	2170
Kumaunung	246	246
Bodenkredit	1,00	1,00
Brüxer Kohlen	—	—
Donau	1205	1205
Daimler	52,010	52,1
Donaukraftw.	1,00	1,032
Leykam	—	—
Mannesmann	—	—
Gollnia	26200	26200
Alpine Mont.	4510	4610
Donaubahn	—	—
Kaschau u. O.	—	—
Prag. Eisenb.	262	263
Rumänien	—	—
Magnesit A.	205	210
Ungar. Bodenkr.	1100	1490

Paris, 17. Oktober.

	17. 10.	16. 10.
Roggen, Okt.	69,—	—
Nov.	68,—	—
Weizen, Okt.	68,—	—
Nov.	68,—	—
Dez.	68,—	—
Mehl, Okt.	115,—	112,—
Febr. Oktober	115,—	113
Nov.	57,50	57
Zucker, Okt.	215	215,75
November	242	241
Dezember	241	241
Vorrate	—	—

Le Havre, 17. Oktober.

	17. 10.	16. 10.
Baumw., Okt.	443	437
Novemb.	423	423
Dezember	412	412
Januar	408	402
Februar	404	398
März	397	392
Kaffee, Okt.	1235	1235
Novemb.	1235	1,24
Dezemb.	1235	1,24
Januar	202	1235
Februar	202	1235
März	1,20	1,195

Rübenernte und Zuckerproduktion der Tschechoslowakei 1923/24.

Der Zentralverein der tschechoslowakischen Zuckerindustrie gibt, laut „Berichten aus den neuen Staaten", folgende Zahlen für die in der Kampagne 1923/24 zu erwartende Rübenernte und Zuckerproduktion: Rübenernte 49,5 (L. V. 48,5) Mill. dz, bei einer Anbaufläche von 229 950 (194 561) ha, Zuckerproduktion im Rohwerte von 8,5 (7,8) Millionen tschechische Kronen.

Frankreichs Steinkohlenförderung.

Die französische Kohlenproduktion betrug nach einer Aufmeldung des Organs der französischen Industrie „La Journée Industrielle" im August dieses Jahres 3 400 000 Tn. Das ergibt bei 26 Arbeitstagen eine tägliche Durchschnittsförderung von 130 969 Tn. Demgegenüber betrug die tägliche Produktion des Jahres 1913 136 147 To. Es ist also eine tägliche Mindersleistung von 5184 To. im August 1923 im Verhältnis zum Jahre 1913 zu konstatieren. Dabei ist zu erwähnen, daß die Gruben Lothringens, über die Frankreich vor dem Kriege noch nicht verfügte, ein tägliches Kontingent von 16 000 To. aufbringen. Die Gruben innerhalb der französischen Grenzen von 1913 haben infolgedessen eine tägliche Mindersleistung von 21 676 To. im Vergleich zur Vorkriegszeit zu verzeichnen. Die Verkürzung der Arbeitszeit, so schreibt das genannte Blatt weiter, macht ein starkes Heranziehen neuer Arbeitskräfte für den Bergbau nötig, um auf diese Weise wieder zu normalen Produktionsstande von 1913 gelangen zu können. Die Zahl der Bergarbeiter stieg von 208 398 Mann im Jahre 1913 auf 234 530 Mann im August 1923.

Automobil-Transport-Gesellschaft
G. A. Renitzky, Berlin, S 110 66 Alexandrinenstr. 117
Telephon Dönhoff 4937/38
Lastwagen vermietbar.

Stoewer Nähmaschinen
Stoewer Fahrräder
Stoewer Schreibmaschinen
sind wegen ihrer erstklassigen Konstruktion u. Leistungsfähigkeit über die ganze Welt verbreitet
Acht goldene Medaillen und Meisterschaftspreise
Höchste Auszeichnung Staatsmedaille für gewerbliche Leistungen
Stoewer A.G. Stettin

Sport.

Vorschau auf Grunewald — Hoppengarten.

Freitag, den 19. Oktober, 12½ Uhr, nachm.

Der z

Volkswirtschaftlicher Teil.

Donnerstag, den 18. Oktober 1923.

Die Kreditpolitik der Reichsbank.

Dem Zug nach Wertbeständigkeit, der jetzt durch unser ganzes Wirtschaftsleben geht, suchen sich auch die Reichsbank in ihrer Kreditpolitik anzuschliessen, indem sie die von ihr zu gewährenden Kredite in möglichst weitgehendem Umfange auf wertbeständige Basis umstellt. Natürlich sind die Papiermarkkredite nicht etwa einfach Schein auszumerzen. In Fällen, wo Kommunen solche zur Beschaffung von Lebensmitteln, Kohlen usw. nachsuchen, Margarinfabriken jetzt bedürfen für Hereinholung der unter besonders schwierigen Verhältnissen zu erlangenden Rohmaterialien, in solchen und ähnlichen Fällen sind vorerst die Papiermarkkredite nicht zu entbehren. Man kann sie mehr als Inkassokredite ansehen, indem die Reichsbank letzten Endes nur das Inkasso fälliger, beim Schuldner die Kreditbeträge greifter ausstehender Rechnungsbeträge besorgt. In allen anderen Fällen, die über diesen ganz kurzfristigen Charakter hinausgehen, gibt die Reichsbank nur noch wertbeständige Kredite, ganz gleich, um welche Industrien es sich handelt.

Natürlich kann die Wirtschaft verlangen, dass man ihr Zeit gibt, sich der neuen Zahlungsformen anzupassen, und ebenso muss auf gewisse technische Schwierigkeiten in den ersten Zeit Rücksicht genommen werden. Die Reichsbank war daher zunächst genötigt, ihre wertbeständigen Darlehen in der Form der Lombardkredite zu gewähren. Der Kreditnehmer verpflichtet sich bei der Rückzahlung zu einem Zuschlag zu der Darlehnssumme, der vier Fünftel der während des Kreditlaufs etwa eingetretenen Goldentwertung — gemessen an Mittelkurs des englischen Pfund — entspricht. Der Schuldner kann innerhalb dreier Monate vorfällig noch nach Belieben die Rückzahlung bewirken. Für die Darlehen berechnet die Reichsbank zurzeit 10 % . Dass die neue Kreditform eigentlich nur einzelnen wertbeständig ist, liegt klar. Die Reichsbank gewährt aber ihre Kredite mit ihren Banknoten und muss mindestens den Neubedarf der hinaufgehenden Noten aufrechthalten, wenn sie nicht den Bestand ihrer Deckungsmittel gefährden will. Der Gesamtbetrag der ausstehenden wertbeständigen Lombarddarlehen betrug am 30. September bei der Reichsbank etwa 90, bei den Darlehnskassen etwa 25 Billionen Mark. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die sehr erheblichen für Erhärtungszwecke bewilligten Kredite aufdringenden Wunsch der Regierung fast ausschliesslich noch in Papiermark gegeben werden sind, im allgemeinen Geschäftsverkehr ist der Prozentsatz der wertbeständigen Kredite in fortgesetztem Steigen begriffen.

Um dem immer stärker werdenden Verlangen nach wertbeständigen Anlagemöglichkeiten entgegenzukommen, hat die Reichsbank übrigens vor einigen Wochen den Goldgiroverkehr eingeführt. Er gründet sich in der Hauptsache auf die Einzahlung von Devisen und beruht innerhalb des Kreises der beteiligten Kontoinhaber uneingeschränkt auf Goldbasis. Die Bestimmungen zur Teilnahme, die sich im Prinzip denen des allgemeinen Giroverkehrs bei der Reichsbank anschliessen, sind im Einzelnen ziemlich verwickelt wiedergegeben. Um dem neuen Verkehr einen Anreiz zu bieten, ist den Antragstellern das Recht eingeräumt worden, ein Viertel des in Gold oder Golddevisen gezahlten K. M. (= Kontomark) Betrages an Papiermark einzuzahlen, die gleichfalls über den Dollar K. M. umgerechnet werden. Die Reichsbank erhält also für je 80 % der Kontomarkgutschriften Goldeckung unmittelbar von Einzahler und muß für die restlichen 20 % Ersatzdeckung beschaffen, um das Risiko tragen zu können, das in den durch Papiermarkeinzahlungen begründeten Guthaben liegt. Als derartige Deckungsmittel kommen neben Devisen vor allem hauptsächlich die wertbeständigen Anleihen des Reiches, zurzeit Dollarschatzanweisungen und Goldanleihe, in Betracht. Der Kontomarkgiroverkehr ist bei der Hauptbank in Berlin zentralisiert, die Zweigstellen im ganzen Reich dienen indes als Vermittlungsstellen bei Eröffnung und Benutzung der Goldkonten. Bei beiden Abhebungen (weisse Schecks) erfolgt die Auszahlung in Papiermark nach dem Tageskurs, und zwar mit dreitägiger Kündigungsfrist. Eine solche muss vorgesehen werden, einmal um spekulativen Ausnutzungen vorzubeugen, und sodann, um der Reichsbank die Möglichkeit zu geben, die erforderlichen Aenderungen in der Deckung rechtzeitig vorzunehmen. Der Einrichtung der K.-M.-Konten liegt vor allem der Gedanke zugrunde, diejenigen Devisen, die jetzt vielfach zwecks wertbeständiger Erhaltung Bestandteil Betriebskapitals bis zu dessen geschäftlicher Verwendung in Reserve gehalten werden, durch die neuen Konten zu ersetzen und somit freizumachen. Letztere sollen einen wertbeständigen Zahlungsverkehr im Inlande ermöglichen, ohne dass dabei Devisen von Hand zu Hand gehen, und ohne dass die beteiligten Wirtschaftskreise Anlass haben, an den Devisenmarkt heranzutreten. Für die erste Einzahlung war ursprünglich ein Betrag von 100 000 K.M. (= 10 000 $), für die Abhebung ein solcher von 200 K.M. und für die Mindestgutschrift ein Betrag von 5000 K.M. vorgesehen. Bei der Einzahlung von Gold betrug die Mindestsumme statt 100 000 nur 50 000 K.M. Neuerdings geht die Reichsbank mit der Absicht vor, die Mindestbeträge für die erste Einzahlung, für die Abhebungen und die Pflichtgutshaben auf 10 000, 100 und 500 K.M. herabzusetzen und sodann darüber hinaus eine organische Umgestaltung der Einrichtung vorzunehmen, weil bis jetzt von Bar- und Scheckverkehr im Giro Gebrauch gemacht werden ist, wie es im allgemein wirtschaftlichen Interesse wünschenswert wäre. Zukünftig soll das Recht des Antragstellers oder Kontoinhabers, in Höhe von einem Viertel der Einzahlung Devisen in eine Papiermarkeinzahlung zu machen, beseitigt, die Bestimmung in Dollar eingeführt und der Verkehr im Ein- und Auszahlungen von Devisen oder Gold gestellt werden. Weitere Aenderungen werden im Zusammenhange mit der kommenden Rentenmark dann unbedingt wendig erweisen. Goldmark, Rentenmark und Papiermark werden dann nebeneinander bestehen, und diesem Umstande wird auch bei dem Kontomarkgiroverkehr in der einen oder anderen Weise Rechnung getragen werden müssen. Einzelheiten hierüber können natürlich erst festgesetzt und eingeführt werden, wenn die neue Rentenbank selbst fest organisiert ist.

Missstände bei der Devisenablieferung.

Nach dem Gesetz über die Ablieferungspflicht und Bilanzsteuer (Verordnungsgesetzblatt vom 26. September) sind die Ablieferungspflichtige die Wahl, für die abgelieferten Stücke 1. Goldanleihestücke, 2. Schatzanweisungen zum Dollarkurs, 3. Guschrift auf ein wertbeständiges Steuerkonto oder 4. Gutschrift auf ein wertbeständiges Konto bei der Reichskreditgesellschaft zu beantragen. Die praktische Durchführung geht leider ganz anders vonstatten, als man das annehmen sollte. Aus der Industrie werden zahlreiche Fälle gemeldet, die zu sehr bedenklichen Schädigungen führen. Wir teilen einen solchen Fall mit:

Die beteiligte Firma lieferte in den ersten Tagen des September bei einer Reichsbankstelle 3900 Schweizer Franken auf Grund der Notverordnung mit dem Ersuchen um Gutschrift auf Giro-Konto. Am 25. September war eine Gutschriftanzeige von der Reichsbank noch nicht zu erlangen. Am 5. September stand der Schweizer Franken 2 Millionen, am 25. September ca. 26 Millionen. Wenn der Betrag für ca. 25. September zugeschrieben worden wäre, hätte die Firma infolge der Goldentwertung nur ein Drittel vom Teil von dem erhalten, von sie einzahlte. Hätte die Firma anderweitig verfügt, oder eingesehlt, so würde sie in hohe Strafe wegen Nichterfüllung der Verordnung verfallen sein. Dass kommt noch, dass die Firma für den angebenden Betrag, der einer mit ihr in Verbindung stehenden Bank zugedacht war, infolge Nichteingangs erhebliche Debeniszen zu zahlen verpflichtet war. Die Firma bittet ferner an die Reichsbank zur Erreichung eines wertbeständigen Steuerkonto grösseres Schweizer Frankenbetrage. Die Reichsbank erwiderte darauhin nur eine Interimsquittung auf Ersuchen des Finanzamtes, und diese Interimsquittung wurde an die Oberfinanzkasse Leipzig zwecks Erreichung eines wertbeständigen Kontos geschickt, von dort wurde sie aber prompt zurückgeschickt, weil die Oberfinanzkasse die Interimsquittung nicht annahm, sondern die richtige Abrechnung der Reichsbank mit Umrechnung der Devisen in Goldmark verlangte. Aber auch diese Abrechnung ist von der Reichsbank nicht erhältlich. Das Finanzamt stundete nun zwar die auf das wertbeständige Steuerkonto zu zahlenden Beträge bis zum Eingang der Reichsabrechnung bzw. bis zur Erstattung des wertbeständigen Steuerkontos bei der Oberfinanzkasse Leipzig, verlangt jedoch für die gestundeten Beträge Zinsen.

Das ist entschieden wiederum eine grosse Unbilligkeit. Die Firma hat das Geld dem Staat am 5. September bereits abgeliefert und Reichsmark verlangt Zinsen dafür, soll binnen für die Beträge, die von dem Steuerkonto zu verrechnen sind, Zinsen zahlen, bis das Steuerkonto eröffnet wird, auf dessen Eröffnungsdatum sie selbstverständlich keinen Einfluss hat.

Die Devalvierung des österreichischen Papiergeldes im Jahre 1811.

Die grosse Zinnzeperation, die im Jahre 1811 von der österreichischen Regierung zur Sanierung der Währung durchgeführt wurde, verdient in unserer augenblicklichen, den Jahrhundertsprung bedeutenden Zeit besonders mehr Aufmerksamkeit als bisher. Die Erobrungswut des napoleonischen Frankreichs hatte die Verwertung und endlich Entwertung des Papiergeldes in Oesterreich zur Folge gehabt, und zwar in solchem Masse, dass Oesterreichische Staatsschuldscheine, die ursprünglich, sogenannte Tresorscheine ist allerdings auch das Papiergeld, wurde mit einer Devalvierungsrate von 20. Hornung 1811 von vielen durch das erwähnte Patent erg gequälten Zeitgenossen bezeichnet worden, wird unter Devalvierung des Papiergeldes auch die Herabsetzung der Zinsen der Staatsschuld auf die Hälfte durch jenes Patent begriffen. Es wurde bestimmt, dass die auf solche Weise dekretierte Nichterfüllung der Verpflichtungen des Staates als Staatsbankrott bezeichnet wurde. Aber der Erfinder Wallis, der Urheber des Patents, erblickte darinnen einen Bankerott darin, dass das österreichische Papiergeld einen vielfachen Unwert verfallen würde. Er hat auch wirklich durch das Devalvierungsgesetz Verhältnisse ständige Repulation der österreichischen Währung verhütet und durch seine Massnahmen den devalvierten Bankozettels im Inlande eine erhöhte Kaufkraft gesichert.

Als Graf Wallis die Leitung der Finanzgeschäfte Oesterreichs zu übernehmen zunächst noch gegen seinen Willen die von seinem Vorgänger ins Leben gerufenen Verordnungen vorläufig beibehielt und weiterführte. Es gehörten hierzu vor allem die Veränderung des gesetzlichen Zinsfusses und die Ausschreibung der Tilgung der Staatsschuldscheine, und zwar fünf Jahresraten, sollten nach dem Vorschlag des Vizepräsidenten der Hofkammer Barbier erst dem 1. Mai 1811, die zehn weiteren Raten sollten in den Jahren 1812—1821 entrichtet werden. Graf Wallis sah ein, dass mit all diesen Verfügungen, die nicht schnell und nicht nachhaltig genug durchgeführt werden, die Papiergeldfrage nicht eingeschlossen werden konnte. Unter Einsetzung keiner ganzen Persönlichkeit gelang es ihm schliesslich, den Kaiser zur Unterzeichnung des Patents zu bewegen. Es wurde darin die Einziehung der Bankozettel bis zum letzten Jänner 1812 und deren Umwechselung gegen Einlösungsscheine nach dem fünften Teil ihres Nennwertes bestimmt. Es gab natürlich viele, die mit diesen durchgreifenden Massnahmen der Regierung nicht einverstanden waren: so zum B. die Gläubiger, die ihr Geld dadurch, dass an der Börse der Kurs für die ausgegebenen Einlösungsscheine möglichst niedrig gehalten wurde, um den Staat zu schädigen, verständlich die Wirksamkeit des Patents, und ebenso die Spekulanten, die Börse zunächst zu schliessen. Es gelang aber zuvor dem Graf Wallis, auf Grund persönlicher Unterredungen mit den maßgebenden Geschäftsleuten die getroffene Verabredung rückgängig zu machen. Die Einziehung der Bankozettel wurde planmässig durchgeführt. Die Preise nahmen zwar in der Folge allerdings noch gewissen Schwankungen, aber trotzdem war eine wohltuende Wirkung des Devalvierungsgesetzes unverkennbar. Zwei Jahre hat dann Wallis den Kurs der Einlösungsscheine über ein gewisses Niveau zu halten vermocht, bis dann im Frühjahr 1813 die erneute Verschlechtrung des Papiergeldes zu Rüstungszwecken für die Verniichtung des französischen Heeres das System des Grafen Wallis, das er selbst nach einer Niederlage des Staatskanzlers Fürst Metternich als haltbares betrachtet hat, über den Haufen warf. In ausführlicher Weise sind diese bodenständigen Begebenheiten, die in unserer derzeitigen Lage das grösste Interesse verdienen, in einem Buch beschrieben, das soeben im Verlage von Duncker & Humblot, München-Leipzig, in der Reihe der Schriften des Vereins für Sozialpolitik von Dr. Victor Ermann, Direktor der Abteilung im Bundesministerium für Finanzen in Wien, veröffentlicht wurde. Bei der Lektüre drängen sich die interessanten Parallelen zwischen den Einlösungsscheinen und der kommenden Rentenmark. Das Werk ist grösster Beachtung würdig.

H. H.

Finanz-, Generalversammlungs-, Bilanz-

und sonstige bedeutsame Anzeigen wirtschaftlicher Art erfahren die wirksamste Verbreitung durch die zu gleicher Zeit an den zwei Brennpunkten des deutschen Wirtschaftslebens

Berlin und Frankfurt a. M.

erscheinende

DAZ

Deutsche Allgemeine Zeitung

Goldrechnung im Maschinenbau.

In der vom Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten herausgegebenen „Wirtschaft" stellt Schulz-Mehrin die im Maschinenbau hauptsächlich vorkommenden Formen der Goldrechnung zusammen. Unter Goldrechnung versteht er die Gleitung des Preises mit dem Markkurse. Bei der reinen Kursgleitung andert sich der gesamte Preis völlig mit dem Markkurse. Dieses Verfahren, das anfänglich recht beliebt gewesen ist, vielfach wieder ausgegeben worden. Es hat sich gezeigt, dass bei der reinen Kursgleitung der Preis sich anderen entwickelt als die Gestehungskosten. Letzteres bleiben bei fallender Mark meist hinter dem Kurse zurück, steigen aber in der Regel schneller, wenn die Mark sollständig ist oder sich bessert, so dass ein Preis, der sich nur mit dem Kurse ändert, bei fallender Mark Unbeteiligten, der Gestehungskosten im allgemeinen zu hoch ist, bei steigender oder stabiler Mark zu niedrig ist.

Bei der teilweisen Kursgleitung gleitet der Preis nur soweit mit dem Kurse, wie die Gestehungskosten tatsächlich vom Kurse abhängig sind, z. B. bei der Verarbeitung ausländischer Rohstoffe (Kupfer), während der übrige Teil des Preises nach erfolgter der Verordnung verfallen sein. Dass kommt noch, dass die Firma für den angebenden Betrag, der einer mit ihr in Verbindung stehenden Bank zugedacht war, infolge Nichteingangs erhebliche Debenizen zu zahlen verpflichtet war. Die Firma bittete ferner an die Reichsbank zur Erreichung eines wertbeständigen Steuerkontos grösseres Schweizer Frankenbetrage. Die Reichsbank erwiderte darauhin nur eine Interimsquittung auf Ersuchen des Finanzamtes, und diese Interimsquittung wurde an die Oberfinanzkasse Leipzig zwecks Erreichung eines wertbeständigen Kontos geschickt, von dort wurde sie aber prompt zurückgeschickt, weil die Oberfinanzkasse die Interimsquittung nicht annahm, sondern die richtige Abrechnung der Reichsbank mit Umrechnung der Devisen in Goldmark verlangte. Aber auch diese Abrechnung ist von der Reichsbank nicht erhältlich. Das Finanzamt stundete nun zwar die auf das wertbeständige Steuerkonto zu zahlenden Beträge bis zum Eingang der Reichsabrechnung bzw. bis zur Erstattung des wertbeständigen Steuerkontos bei der Oberfinanzkasse Leipzig, verlangt jedoch für die gestundeten Beträge Zinsen.

Das ist entschieden wiederum eine grosse Unbilligkeit. Die Firma hat das Geld dem Staat am 5. September bereits abgeliefert und Reichsmark verlangt Zinsen dafür, soll binnen für die Beträge, die von dem Steuerkonto zu verrechnen sind, Zinsen zahlen, bis das Steuerkonto eröffnet wird, auf dessen Eröffnungsdatum sie selbstverständlich keinen Einfluss hat.

Konkurrenzfähigkeit der deutschen Maschinenindustrie.

Uns wird geschrieben:

Mehrfach ist in der Tagespresse darauf hingewiesen worden, dass die Aufträge für Maschinenarbeitenden Industrie Deutschlands mehr und mehr nach Ausländern gingen, weil die deutschen Preise für die verarbeiteten Rohstoffe, Eisengusse, Walzeisen, Stahlguss usw. ganz wesentlich über den Weltmarktpreisen stünden. Es ist ganz im Sinne der Vorstellung von der ausserordentlichen Gefahr, Eisenpreise einmal einer Prüfung zu unterziehen, dass sich die Firma auf Angebote für 5.10.— „ab Werk" 100 kg. Die englische Firma forderte dagegen 4 8.5 „ab die amerikanische sogar 3.15.— „ab fob Verschiffungshafen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Preise deutscher Firmen noch durch hohe Einfuhrzölle, besonders in Spanien, gesteigert werden. Ferner ist zu bedenken, dass das Ausland natürlich nur von uns kauft, wenn die deutschen Preise mindestens etwa 10 % unter den ausländischen Wettbewerbspreisen liegen.

Seit der Zeit dieser Angebote sind die deutschen und deutschen Rohstoffpreisen bei geringer, da der Rohstoffverbrauch immer eine massvolle Preisgestaltung treiben versucht hat. Er beträgt aber immerhin noch rund 23 % der englischen Preise.

Wiederaufbau der deutschen Kolonialgesellschaften.

Die Deutsche Togo-Gesellschaft und die seit kurzem mit ihr verschmolzene Pflanzungsgesellschaften, nämlich die Pflanzungsgesellschaft Kamerun, die Agrplanzungsgesellschaft, Togo-Pflanzungsgesellschaft A.-G., die Gadja-Pflanzungs A.-G., die Soliman-Pflanzungs A.-G. haben ihre Geschäftsberichte für das abgelaufene Geschäftsjahr erstattet. Aus dem Bericht der Deutschen Togo-Gesellschaft, dessen Inhalt mit den der anderen Gesellschaften im wesentlichen übereinstimmt, ist folgendes hervorzuheben:

War in den beiden Vorjahren der Aufbau unseres Handelsunternehmens in Kolonialen unsere Hauptthätigkeit, so war das Berichtsjahr ganz im Zeichen des laufenden Geschäftsjahres eine Fülle von Organisationsarbeit in der Heimat, Tropenwerk und dabei die Erkenntnis, dass mit zunehmendem Verfall der deutschen Währung die Aussicht auf nennenswerte Zuwendungen immer geringer wurde, und dass daher auf andere Weise weiteres Kapital beschafft werden muss, um die Betriebe in einer Linie durch Kapitalerhöhungen unserer Gesellschaft, Gleichzeitig mit diesen Kapitalerhöhungen wurde das Verhältnis zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften immer enger gestaltet zu ihnen eat in der Hauptsache die früher in Kamerun tätige Kamerun-Pflanzungs-Gesellschaft. Und als man sich immer klarer darüber werden musste, dass wohl Kolonialgesellschaften eine rege Geschäftsfreude und Thätigkeit wieder aufnehmen kann, es sei denn, die erforderliche Kapitalien zu Verfügung stellen, entschlossen man sich zur Auflösung des Togobesitzes und zu einer wirtschaftlichen Fusion mit der Togo-Pflanzungsgesellschaften, zu dem die laufenden Jahre sich noch die Gadja-Pflanzungs A.-G. und die Deutsche Agaven-Gesellschaft gesellt hat, mit der Deutschen Togogesellschaft, die erfolgte in der Weise, dass die Pflanzungsgesellschaften, welche furistisch bestehen bleiben, in Höhe ihres Kapitals und ihrer Reserven, einschliesslich Vorrat und sonstige Aktiven in Höhe ihrer Reserven und Schulden behalten, im übrigen aber sowohl ihre Wirtschaftsunternehmungen, wie ihr Vermögen auf letztere übertragen. Die Deutsche Togogesellschaft übernahm ferner alle Verwaltungsaufgaben der Pflanzungsgesellschaften, beziehst dafür aber auch alle ihnen zufliessenden Einnahmen, so dass sie in Zukunft, das heisst für das laufende Jahr, abschliessen werden. Gleichzeitig wurden den Pflanzungsgesellschaften einen unterhaben abgelaufenen Bengaprecht der Untauach ihrer Anteile in solche der Deutschen Togogesellschaft angeboten.

Nachrichten aus Afrika.

Durch die Aufgabe der Togo- und den genannten Pflanzungsgesellschaften haben wir nunmehr Rechtsnachfolger in den englisch wie den französisch verwalteten Teilen von Togo und Kamerun und in englisch verwalteten Teile von Deutsch-Ostafrika. Wir erhoffen bestimmt, es gelingt uns als Ihr im Namen der Pflanzungsgesellschaften, dass wir den Raub unseres Erkkanaden und Kamerun als Ihr Rechtsnachfolger ansehen und unsere Forderungen auf Ersatz dieses Raubes jederzeit — und es ist erst nach Jahren oder Jahrzehnten — gegen jeden Dritten geltend machen. Sowie wir wissen, hat eine Verhandlung unseres Grundeigentums irgendwo bisher stattgefunden, die Plantagen in Togo werden weiter betrieben. Wie wenig die neuen Machthaber imstande sind, die erworbenen Gebieten auch nur einigermassen erfolgreich zu verwalten, wird immer offenkundiger. Als Ersatz-Werdung zur Ausbeutung der Kolonien werden, das deutsche Missionare der Nordbeutschen Mission in den englisch verwalteten Teile von Togo die Erlaubnis erhalten, ihre Arbeiten fortsetzen dürfen, und dass auf der englischen Goldküste und in Britisch-Ostafrika auch einige deutsche Kaufleute wieder geduldet werden.

Betrieb in Kolumbien.

Den ausführlichen Mitteilungen unseres vorigen Berichtes Betriebs Kolumbien, Kolumbien, das Land erfreute sich einer guten Kaffeeernte, die anfangs auch hohe Preise erzielter gegen Ende der Berichtszeit jedoch stark nachgaben, was auch auch und das wirkt auch im laufenden Jahre ein. Der Kaffee ist zurzeit das wichtigste Ausfuhrgut, aber sich dem Paritande, er ist seitdem wieder auf etwa 6 % unter pari gesunken. Die Art unseres Betriebes wurde beibehalten. Die Gesellschaft hatte Verbindung auf Verwaltung auf Kommissionsgrundlage mit ihren manniglfachen Betrieben, die sich kurzfristige Kredit Millionen Mark belaufen. Etwa noch vorkommende Hundertstundende können bis zu ihrem Verbrauchsbetrag ausgenommen werden. Mit Rücksicht auf diese Umstände ist man in Bezug auf Kredit schon dazu übergegangen, die Million-Mark als Rechnungseinheit aufzustellen.

Herabsetzung des Zementhöchstpreises.

Infolge der Herabsetzung des Zementhöchstmarkpreises für Kohlen hat der Reichswirtschaftsminister den Zementhöchstpreis von 225 Goldmark auf 19 000 Mark herabgesetzt, nachdem der Höchstpreis 450 Goldmark herabgesetzt, nachdem der Höchstpreis 450 Goldmark betrug, ist der Zementpreis auf 525 Goldmark herabgesetzt worden.

Warenmärkte.

Berliner Produktenbörse, 18. Oktober.

Amtl. Notierung der Mittagsbörse an Mühlen: Mehl und Kleie brutto einschl. Sack frei Berlin.

	18. 10.	17. 10.		18. 10.	17. 10.
	(in Millionen Mk.)			(in Millionen Mk.)	
Gld. 50 kg			Gld. 50 kg		
Weizenm. mehl	13000—13500	7300—7500	Roggenkleie	5000—5500	
postm.	—	—	Buchweizenkleie	5000—5500	
Roggenm. mehl	12500—12500	7000—7500	Raps	14000—17000	
prima.	—	—	Erbsen Viktoria	21000—26000	
prima.	—	—	Kocherbsen	18000—21000	
weiße	—	—	Futtererbsen	—	
Mischm.	—	—	Peluschken	—	
mehl	—	—	Ackerbohnen	—	
Gerste, mittl.	11500—12000	6500—7000	Wicken	—	
feine	—	—	Leinkuchen	9000	
Hafer mittl.	9000—9500	5500—6000	Rapskuchen	—	
weiße	—	—	Sojabohnenmehl	—	
Roggenstroh	—	—	Kartoffelflocken	—	
Heu	—	—	Trockenschnitzel	—	
Stroh, gepreßt	—	—	Fischmehl	—	
Weizenkleie	5000—5500	3000—3500	Kartoffelmehl	—	
Roggenkleie	5000—5500	3000—3500	Kartoffelstärkemehl	—	

Berliner Metallbörse vom 18. Oktober.

Amtl. Preise für 1 kg	18. 10.	17. 10.
	(in Millionen.)	
Elektrolytkupfer	—	—
Raffinad. Kupfer, Ch.	—	—
Kabel, Kupfer, 99—99,3 %	2600—2700	1700—1750
Kupfer, Walzblech	3600—3700	2325—2375
Hüttenzinn, frei	1200	920	850
Zinnfolie	1400—1500	1000—1050
Hüttenaluminium	4300—4400	3400—3500
Weißmetall		
Zinnasatz	7000—7200	5800—6000
Hüttenzinn	4000—4200	3400—3500
Reinnickel (98—99 %)	4300—4400	3400—3500
Antimon Regulus	1000—1050	800—850
Silber (fein)	160000—170000	130000—140000

Volle Devisenzuteilung.

Mit Ausnahme von Kabel New York.

18. 10.

Obwohl heute zur amtlichen Notiz erhebliche Devisenbedarfsanmeldet waren, wurde voll zugeteilt, mit Ausnahme von Kabel New York, auf der nur 30 % entfielen, was zwar unbedeutend erscheint, aber keine weiteren nachteiligen Folgen hatte. Im freien Verkehr war Auszahlung London vormittags mit 38½, vorm. Zürich mit 38 Milliarden gehandelt. Nach Kursfestsetzung (37) war diese Devise mit 36.10 Milliarden genannt.

Das Geschäft in Dollarschatzanweisungen war auch heute lebhaft, zeitweise stürmisch. Das Papier bewegte sich dauernd über der Parität des Dollars, im freien Verkehr schwankten die Kurse wie folgt: 8.4—8.2—8.6—8.2. Im zuletzt genannte Abschwächung mit der vollen Devisenzuteilung zusammen. Goldanleihe wurde nur wenig umgesetzt zu Kursen von 7—7.2 Milliarden.

Mit Rückicht darauf, dass gestern mehrfach Zwangskäufe für kleinere Firmen erfolgten, die Baissespekulanten laufen lassen, wurde heute eine gewisse Unsicherheit, die sich, vormittags bemerkbar machte, wieder ein bisschen. Drei kleine Firmen, für die gestern exekutiert wurde, haben heute ihre Zahlungen vollständig bewirkt.

Bei der amtlichen Notierung wurden Dollarschatzanweisungen schwach repariert. Anfangs 45 Dollar fielen ganz aus, die übrigen erhielten eine 10 % Zuteilung. Nachbörslich wurden Dollarschatzanweisungen bis 46 Milliarden gehandelt, die Goldanleihe mit 7.8 Milliarden.

Berliner Devisenkurse	18. 10. Geld	18. 10. Brief	17. 10. Geld	17. 10. Brief
	(in Millionen Mk.)			
Amsterd.	3199990000	3210020000	2154600000	2154000000
Buenos Aires	6843100000	6862100000	7506000000	7464000000
Brüssel	4294000000	4306000000	2932000000	2922000000
Christiania	1954600000	1961000000	1693000000	1683000000
Kopenhagen	2414000000	2422000000	2070000000	2060000000
Prag	2134600000	2142000000	1443000000	1437000000
Reinjavik	2870000000	2880000000	1950000000	1940000000
Italien	3745000000	3755000000	2600000000	2590000000
London	36962000000	37092000000	25230000000	25100000000
New York	8400000000	8420000000	5730000000	5700000000
Paris	4813000000	4833000000	3316000000	3432000000
Schweiz	1623000000	1628000000	1117000000	1111000000
Spanien	1313000000	1318000000	1067000000	1062000000
Tschechoslow.	2491000000	2499000000	1700000000	1690000000
Japan	3995000000	4010000000	2718000000	2738000000
Budapest	12000—12000	12000—12000	8000000	8000000
Wien abgest.	1134000	1138000	773000	7769000
Sofia	2400000	2410000	1640000	1646000
Budapest	44 870	45128	29920	30510
Bukarest	2400000	2410000	1640000	1646000
Jugoslawien	5576000	962-0000	6481500	6516500

Die heutigen amtlichen Notierungen vergleichen sich wie folgt mit den letzten vorigen:

	18. 10.	17. 10.
in Millionen Mk.		
Deutsche Zertifikat. Anleihe . . .	5100 bz.	5000 bz.
do. grosse Stücke . . .	5100 bz.	5000 bz.
Dollarschatzanweis. . . .	5700 bz.	6300 bz.

Zahlungsverkehrsgesetz einer Börsenfirma. An der Berliner Börse vom 17. Oktober wurde die Zahlungsverkehrsgesetz einer kleineren Firma mit einem Zwei-Millionen-Kredit bewiesen. Die Verluste sollen hauptsächlich aus Arbitragegeschäften entstanden sein und fast 1 Mill. Goldmark betragen. Vielfach Zeiten für diese Firma Zwangsdeckungen an der Börse statt.

Moskauer Devisenkurse vom 19. 10. (Mitgeteilt von der Garantie- und Kreditbank.) 1 Tscherwonec 5000, 1 engl. Pfund 5950, 1 Dollar 1100 Rubel.

Tausend-Mark und Millionen-Mark. Von den Banken ist soeben die Tausend-Mark als Stelle der Einheit der Rechnungsverkehr zur Einführung gekommen. Die Millionen-Mark ist bereits in Million-Mark übergegangen werden. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat kürzlich eine Eingabe dieses Zwecks gemacht, lediglich abzukürzen und schleunigst mit der Rechnung in Million-Mark zu beginnen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass eine solche Zwischenstufe in einem Augenblick eingeführt werden ist, wo der Tausendmarkschein im Zahlungsverkehr bereits vollständig verschwunden ist und sich auch die Million-Mark bereits einer Milliarde Mark belaufen. Etwa noch vorkommende Hundertstundende können bis zu ihrem Verbrauchsbetrag ausgenommen werden. Mit Rücksicht auf diese Umstände ist man in Bezug auf schon dazu übergegangen, die Million-Mark als Rechnungseinheit aufzustellen.

Erwerbsgesellschaften.

Braunkohlen- und Brikett-Industrie A.-G., Berlin. Laut Geschäftsbericht für 1922/23 hat die Gesellschaft 1 Mill. Mk. Ueberschuß von 4999,6 (38,5) und einen Reingewinn von 715,1 (8,5) aufzuweisen. Von letzterem sollen 150 (30 %) Dividend erhalten. Die Bilanz erscheinen Betriebsschulden und Zwischenrechnungen mit zur Hälfte, Kassenbestand, Bankguthaben mit 49,8 (119,9), ferner u. a. Bankguthaben mit 484,9 (34,5) und Beteiligung mit 2739 (14,0). Die Betriebe blieben im abgelaufenen Jahr infolge von Streiks und Störungen verschont. Die Förderung ging um 11 % die Leistung in Rohs und Schlecht um 2 %. Die Betrug bei den Lausitzer Werken 2,53 To. gegen 2,39 Tonnen im letzten Friedensjahr. Bei den Werken der Gesellschaft wird der Betrieb fortgesetzt und der Gewerkschaft Ver. Schwichauer Kohlenwerke beteiligt sich in 1000 To. die Rohbrikettförderung auf 4592 (1. V. 4141), der Rohkohlenabsatz auf 1186 (1192), die Brikettverzeugung auf 1209 (1077), der Brikettabsatz auf 1200 (1072), die Stromerzeugung auf 76,9 (77,6) Mill. KWSt., der Strombezug auf 33,5 (19,0) Mill. KWSt., die Ziegeleiverzeugung auf 7,2 (1,6 für 4 Monate) Mill. Stück und der Ziegelabsatz 7,1 (1,6 für 4 Monate) Mill. Stück. Der Absatz erfolgt in den Gesellschaftsbetrieben gut und erhält zum ersten Mal seit vielen Jahren durch Wagenmangel der Eisenbahn keine Hemmungen. Der Feldebesitz hat die Gesellschaft zurzeit noch unverpfändet und zusammen mit der Graf v. Ambrasche Waldgewerkschaft, Berlin-Charlottenburg, und mit Ihr Berghau A.-G. in Braunkohlen-Gewerkschaft Mathias gegründet. Die Gesellschaft über einen grossen Felderbesitz verfügt. Zusammen mit Ihr Bergbau-Aktiengesellschaft und der General-direktion der Grafen Stolberg-Wernigerode, Berlin O.-S., wurde die Barbara Bergwerks-Aktiengesellschaft gegründet, die in Lohnig, Kreis Sorau, einen Braunkohlenbergwerk besitzt. Bei der Gewerkschaft Friedenshof steigt die Förderung von 496 To. Tonnen auf 516 17 To. Bei der Firma Alte Leipziger Kohlenwerke, Leipzig, wurde zum Vorstand Friedenshof die „Hassia" Kohlenverteilungsgesellschaft m. b. H. in Cassel und Manchein gegründet. Auch die Gewerkschaft Ver. Schwichauer Kohlenwerke Schwichau konnte ihre Förderung von 22 570 To. auf 28 870 To. steigern. Bei der Gewerkschaft Brikettfabrik kam im Oktober 1922 in Betrieb — 1923 13 921 To. Briketts.

Deutsche Braunkohlenwerke A.-G. Die ausserordentliche Generalversammlung genehmigte die Abänderung des Generalvertrages, Gesellschaftsvertrag, § 4 und 4 J. der einer Erhöhung des Grundkapitals von 90 Mill. auf 70 Mill. Mark zum Zwecke, das Kapital der Gesellschaft, die Werke gut beschäftigt seien und ihren Kapitalbedarf aus eigenen Mitteln decken. Infolgedessen sei es erforderlich, die Gesellschaft unter Umständen bei Gelegenheit Kapitalerhöhung in Papiermark, wenn zur Durchführung zu bringen, wenn die Einführung der Rentenmark bereits beschlossen ist, und eine neue Währung bevorstehe.

Kontrollrunge Aktien-Gewinnverteilung in der Generalversammlung. In der Generalversammlung der Wieler u. Hardmann A.-G., Danzig, wurde der Vorstand ermächtigt, dass die vorgesehene Gewinnverteilung geändert werden darf, da das in 1922/23 erzielten Reingewinn von 51,02 selten